

JAHRESBERICHT 2014

SP Kanton Bern



Titelbild:

Erfolgreiche Regierungsratswahlen 2014. Unsere wiedergewählten Regierungsmitglieder Andreas Rickenbacher, Barbara Egger-Jenzer und Philippe Perrenoud

Impressum:

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (Hrsg.)

Monbijoustrasse 61, 3007 Bern

Postfach 1096, 3000 Bern 23

Tel. 031 370 07 80, Fax 031 370 07 81

E-Mail: sekretariat@spbe.ch

Internet: www.spbe.ch

Titelfoto: Béatrice Devènes

Auflage: 350

Bern, März 2015

Inhaltsverzeichnis	Seite
Geschäftsprüfungskommission.....	4
Commission de gestion.....	6
Parteipräsidium.....	8
Partei- und Geschäftsleitung SP Kanton Bern	10
Parteitage	15
Nationalrats- und Ständeratsdeputation	19
Grossratsfraktion	25
Parti socialiste du Jura bernois (PSJB)	31
SP Frauen Kanton Bern.....	34
JUSO Kanton Bern	36
Sozialdemokratisches Forum.....	37
Projekt SP 60 +	39
Regionalverbände.....	42
Sektionen	43
Projekt Agglomerationen	45
Fachausschuss Bildung	46
AG SPowers	47
Bildungsveranstaltungen.....	49
Parteisekretariat.....	49
Gleichstellungsmonitoring	54
Mitgliederzahlen in den Sektionen.....	59
Bilanz und Erfolgsrechnung	64
Kommentar zur Jahresrechnung 2014.....	65
Revisionsbericht	67

Geschäftsprüfungskommission

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat im Jahr 2014 eine Sitzung durchgeführt. Die übrigen GPK-Geschäfte konnten per Emailverkehr erledigt werden. Zudem fand ein Treffen mit der Parteileitung statt. Eine Kontrolle der Führungsorgane ist durch die Zustellung der entsprechenden Sitzungsprotokolle gewährleistet.

Basierend auf den vorgegebenen Richtlinien wurden im 2013 klare Ziele definiert und der GPK wiederkehrende Aufgaben zugewiesen, die einen sinnvollen und effizienten Einsatz des Prüfungsorganes garantieren. Es handelt sich dabei um folgende Schwerpunkte:

1. Revision der Jahresrechnung
2. Mandatskontrolle an den Parteitagen
3. Durchsicht der Protokolle von Partei- und Geschäftsleitung
4. Prüfung von zu revidierenden Dokumenten (Statuten, Reglemente etc.)
5. Beratung der Parteileitung und des Sekretariates bei juristischen Angelegenheiten

Im Frühjahr 2014 ist unser finanzverantwortlicher Parteisekretär, Daniel Furter, abgetreten. Die GPK hat zu seiner Entlastung eine ausserordentliche Zwischenrevision per 31. März 2014 durchgeführt. Dabei stellte sie fest, dass die Buchhaltung korrekt ist und Daniel Furter die Decharge erteilt werden kann.

Als Hauptaufgabe hat die GPK im 2014 die neue Buchhalterin, Rosa Treu, bei der Optimierung der Buchhaltung der Kantonalpartei begleitet. An mehreren Treffen wurde die komplette Kontogliederung überarbeiten, um eine optimale Arbeitsgrundlage zu schaffen. Das Ergebnis dient zudem als Vorlage für weitere Buchhaltungen von SP-Unterorganisationen, welche ebenfalls durch das Sekretariat der Kantonalpartei geführt werden. Die GPK ist überzeugt, dass die Vereinheitlichung aller Buchhaltungen die Arbeit der Finanzverantwortlichen erleichtern wird und letztendlich auch der Parteibasis dienlich ist.

Die ordentliche Prüfung der Jahresrechnung 2014 erfolgte durch einen GPK-Ausschuss. Das Ergebnis fiel positiv aus und wurde mit den Verantwortlichen

besprochen. Der entsprechende Revisionsbericht ist am Ende des Jahresberichtes abgebildet.

Im juristischen Bereich sah sich die GPK im vergangenen Jahr mangels entsprechenden Geschäften nicht veranlasst, aktiv zu werden.

Die GPK setzt sich momentan aus fünf Mitgliedern zusammen. Es sind dies Samuel Bhend, Harald Jenk, Verena Kauert, Verena Moser und Stefan Neuenschwander. Es ist beabsichtigt, dass die neue Grossratsfraktion eine Nachfolge für Harald bestimmen wird, welcher seinerzeit als Vertreter des Grossen Rates in die GPK gewählt worden ist.

Mit grosser Befriedigung durfte die GPK stets feststellen, dass es dem Leitungsgremium ein wichtiges Anliegen ist, transparent gegenüber der Parteilbasis zu sein. Alle Beteiligten sind froh darüber, bei wichtigen Themen die GPK als neutrale Stelle mit einem Aussenblick beiziehen zu dürfen. Wir danken der Geschäftsleitung, dem Sekretariat und allen übrigen Mitwirkenden für die gute Zusammenarbeit und den unermüdlichen Einsatz im Jahr 2014.

Belp, 8. März 2015

Für die GPK:



Stefan Neuenschwander

Commission de gestion

La commission de gestion (CdG) s'est réunie une fois en 2014 ; les autres affaires de la CdG ont pu être réglées par échanges d'e-mails. Une rencontre a en outre été organisée avec la direction du parti. Le contrôle des organes de direction est assuré par la mise à disposition des procès-verbaux de réunions.

En 2013, des objectifs clairs ont été définis sur la base des directives existantes et des tâches récurrentes garantissant un engagement sensé et efficace de cet organe de contrôle ont été assignées à la CdG. Les priorités suivantes ont été fixées :

1. révision des comptes annuels
2. contrôles des mandats lors des congrès
3. examen des procès-verbaux de la direction du parti et du comité directeur
4. vérification des documents à réviser (statuts, règlements, etc.)
5. conseil de la direction du parti et du secrétariat sur des questions juridiques

Au printemps 2014, notre secrétaire du parti responsable des finances, Daniel Furter, est parti. La CdG a effectué une révision intermédiaire extraordinaire des comptes au 31 mars 2014 pour lui donner décharge. Elle a constaté que la comptabilité est correcte, décharge peut donc être donnée à Daniel Furter.

En 2014, la CdG a eu pour tâche principale d'accompagner la nouvelle comptable, Rosa Treu, dans l'optimisation de la comptabilité du parti cantonal. La structure comptable a été totalement revue lors de plusieurs rencontres afin de créer une base de travail optimale. Le résultat obtenu servira en outre de modèle pour la tenue d'autres comptabilités de sous-organisations du PS qui sont aussi tenues par le secrétariat du parti cantonal. La CdG est convaincue que l'uniformisation de toutes les comptabilités facilitera le travail des responsables financiers, ce qui sera finalement positif pour la base du parti également.

La vérification ordinaire des comptes annuels 2014 a été effectuée par un comité de la CdG. Le résultat est positif et a été discuté avec les responsables. Le rapport de révision est joint à la fin du rapport annuel.

L'année dernière, la CdG n'a vu aucune raison de s'investir dans le domaine juridique, car aucune affaire ne l'exigeait.

La CdG se compose actuellement de cinq membres, à savoir Samuel Bhend, Harald Jenk, Verena Kauert, Verena Moser et Stefan Neuenschwander. Il est prévu que le nouveau groupe du Grand Conseil désigne un successeur à Harald qui a été élu comme représentant du Grand Conseil dans la CdG.

C'est avec une vive satisfaction que la CdG a une nouvelle fois pu constater que le comité de direction attache une grande importance au devoir de transparence vis-à-vis de la base du parti. Tous les membres de la direction se félicitent de pouvoir faire appel à la CdG en tant qu'organe neutre ayant un regard extérieur pour des questions importantes. Nous remercions la direction du parti, le secrétariat et toutes les autres personnes concernées de la bonne collaboration et de leur engagement inlassable tout au long de l'année 2014.

Belp, le 8 mars 2015

Pour la CdG :


Stefan Neuenschwander

Parteipräsidium

Kantonale Wahlen

Das erste Vierteljahr stand ganz im Zeichen der kantonalen Wahlen vom 30. März. Die Spannung im Vorfeld war gross, ob wir unsere drei Regierungssitze würden halten können, umso mehr als von bürgerlicher Seite und von den Medien zeitweise grosser Druck auf unsere Regierungsmitglieder aufgebaut wurde. Am Wahltag, nach einigen bangeren Momenten, dann die Erlösung: Alle drei SP-Regierungsmitglieder waren wiedergewählt! Herzliche Gratulation und ein grosses Danke an Barbara Egger-Jenzer, Andreas Rickenbacher und Philippe Perrenoud. Sie bilden, zusammen mit dem Grünen Bernhard Pulver, erneut eine rot-grüne Mehrheit in der Regierung.

Bei den Grossratswahlen erhofften wir uns einen Zuwachs, unter anderem auch durch die Strategie, in möglichst allen Wahlkreisen mit getrennten Frauen- und Männerlisten anzutreten. Der Wähleranteil konnte leicht erhöht werden, von 18,9 (2010) auf 19,1. Doch mussten wir in den Wahlkreisen Emmental und Mittelland-Nord je einen Sitzverlust hinnehmen. Erfreulich ist, dass mit 16 Frauen und 17 Männern die Geschlechterparität erreicht wurde.

National- und Ständeratswahlen

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen. Kaum waren die Regierungs- und Grossratswahlen vorbei, begannen die Vorbereitungen für die nationalen Wahlen. Im November wurde Hans Stöckli mit grossem Applaus als Ständeratskandidat nominiert. Mit seiner umsichtigen Politik und seiner ausgezeichneten Vernetzung hat er nicht nur gute Wahlchancen, sondern wird auch im SP-Wahlkampf eine tragende Rolle einnehmen.

Ebenfalls im November wurde ein wichtiger strategischer Entscheid getroffen: Die SP Kanton Bern wird erstmals mit einer frankophonen Liste in die Nationalratswahlen steigen. Mit diesem klaren Bekenntnis zur französischsprachigen Minderheit im Kanton Bern möchten wir in der Region Biel und im Berner Jura deutlich mehr Stimmen holen als bisher. Daneben setzen wir auf die bewährte Frauen- bzw. Männerliste sowie eine JUSO-Liste.

Kantonale Abstimmungen

Am 9. Februar fand die Abstimmung über den Beitritt zum verschärften Hooligan-Konkordat statt. Die SP beschloss die Nein-Parole, wobei sich eine starke Minderheit in der Partei für den Beitritt aussprach. Die Volksabstimmung fiel mit 78,2 % Ja-Stimmen klar zugunsten des verschärften Konkordats aus.

Gleich drei kantonale Abstimmungen fanden am 18. Mai statt: Die SP konnte sich über die klare Zustimmung zum Pensionskassengesetz freuen (61,7 %). Eine Mehrheit der Stimmbevölkerung sprach sich damit für eine faire und sichere Pensionskassenfinanzierung aus - der politisch breit abgestützte Kompromiss hat überzeugt.

Gegen den Willen der SP wurde die Initiative „Mühleberg vom Netz“ abgelehnt (63,3 % Nein-Stimmen), womit das AKW nun voraussichtlich bis 2019 am Netz bleibt. Die SP ist darüber besorgt, da weiterhin Zweifel über die Sicherheit des Werks bestehen und ein früherer Abschalttermin angezeigt wäre.

Ebenfalls nicht nach dem Wunsch der SP ging die Gesetzesänderung zur Handänderungssteuer aus: 58 % der Stimmbevölkerung waren für die Senkung dieser Steuer. Dies obwohl diese vor allem den Wohlhabenden zu Gute kommt und die grosse Mehrheit der Bevölkerung leer ausgehen wird. Ärgerlich ist zudem, dass dem Kantonsbudget einmal mehr dringend benötigte Mittel entzogen werden.

Personelles

Am Parteitag vom 5. November trat Roland Näf nach 4 Jahren als Präsident und 2 Jahren als Vizepräsident der SP Kanton Bern zurück. Er hat die Partei mit grosstem Engagement, Sachverstand und strategischem Flair geführt. Grosse Verdienste von Roland Näf waren die gute Medienpräsenz, die der Partei in der Öffentlichkeit ein klares Profil gab, pointierte Auftritte für die Anliegen der Schwächsten und insbesondere für Bildungsthemen. Ganz herzlichen Dank an Roland Näf für seinen grossen Einsatz für die SP Kanton Bern! Ich durfte die Nachfolge von Roland antreten. Als Grossrätin, Mitglied der Finanzkommission und mit viel Erfahrung aus meiner Zeit als Stadträtin und Stadtratspräsidentin hoffe ich, gut gerüstet zu sein, um die Partei erfolgreich zu führen. Die Zusammenarbeit mit den VizepräsidentInnen, Ursula Zybach und Roberto Bernasconi, dem Fraktionsbüro und dem Sekretariat ist bestens

angelaufen. Es macht mir grosse Freude, in den verschiedenen Leitungs- und Fachgremien mit all den engagierten Personen zusammenzuarbeiten. Die Arbeit, die dort geleistet wird, ist gewaltig – ebenso in den Regionalverbänden und Sektionen.

Ein ganz besonderer Dank gebührt Angelika Neuhaus. Sie hat während 15 Jahren als Parteisekretärin die SP geprägt und ist nun Ende 2014 in den Ruhestand getreten. Ihr grosses Fachwissen, ihre ruhige, sachliche und vermittelnde Art und ihre Loyalität haben die SP gestärkt und waren für alle Genossinnen und Genossen, die mit Angelika zusammenarbeiteten oder von ihr beraten wurden, eine grosse Unterstützung. Ein herzliches Merci an Angelika und alles Gute für den neuen Lebensabschnitt!

Die Arbeit geht uns auch in Zukunft nicht aus: Der Druck auf die sozial Schwächeren und auf die staatlichen Leistungen in der Bildung oder dem Gesundheitswesen ist gross. Unser Widerstand gegen den Leistungsabbau, aber auch unsere innovativen Lösungen für einen starken, fortschrittlichen Kanton Bern sind gefragt. Ganz herzlichen Dank allen, die mithelfen am „Karren zu ziehen“!

Ursula Marti, Präsidentin SP Kanton Bern

Partei- und Geschäftsleitung SP Kanton Bern

1 Parteileitung

2014 traf sich die Parteileitung zu 20 regulären Sitzungen und behandelte weit über hundert Geschäfte. Im Januar traf sie sich zudem zu einer Klausur, an welcher die Jahresplanung und die Jahresziele der Kantonalpartei verabschiedet wurden. Zusätzlich wurden an fünf längeren Strategiesitzungen die Regierungs- und Grossratswahlen 2014 und die nationalen Wahlen 2015, sowie die Personal- und die Themenplanung intensiv behandelt.

Die Parteileitung ist insbesondere verantwortlich für die Umsetzung der Jahresziele, für die Vorbereitung der Geschäftsleitungssitzungen und die Ausführung der entsprechenden Entscheide sowie für die Kommunikation der SP Kanton Bern.

Bei der Vorbereitung der Geschäftsleitungssitzungen gab insbesondere die kantonale und eidgenössische Politagenda die Themen vor. Schwerpunkt bildeten die Regierungs- und Grossratswahlen 2014, die nationalen Wahlen 2015 und gewichtige Personalwechsel. Mit Roland Näf trat der Präsident und mit Angelika Neuhaus die langjährige Parteisekretärin zurück. Für beide Vakanzten wurde je eine Findungskommission einberufen. Die Findungskommission für das Präsidium wurde vom Fraktionspräsidenten Michael Aebersold geleitet, diejenige für die Parteisekretärin von der ehemaligen Parteipräsidentin Irene Marti Anliker. Als neue Parteipräsidentin wurde Ursula Marti vorgeschlagen, als neue Parteisekretärin Zora Schindler.

Daneben galt es, die regelmässigen parteiinternen Aufgaben und Treffen zu planen, wie die Vorständekonferenzen in allen Regionen, Sitzungen mit den Regionalverbänden, der Austausch mit der nationalen Deputation, das Gemeindeexekutiven-Treffen, der Dankesevent für die zahlreichen Sektionsvorstände, das Neumitgliedertreffen und nicht zu vergessen der jährliche Auftritt der SP an der BEA.

Bei der Kommunikation hat die SP Kanton Bern 2014 wiederum eine grosse Anzahl an Medienmitteilungen zur kantonalen Politik versandt. Dabei legte die Parteileitung grossen Wert auf die schnelle und prägnante Kommunikation, was sich in einer spürbar erhöhten Medienpräsenz auszahlte. Zudem verfasste die Parteileitung mehrmals offene Briefe, mit welchen sie sich direkt über eigene Kommunikationskanäle an die Bevölkerung beziehungsweise die Direktbetroffenen wendete. Die Reaktionen waren sehr positiv. Die Mitglieder der Parteileitung sind unter Punkt 2.2 ersichtlich.

2 Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung traf sich 2014 zu elf Abendsitzungen und zu einer Samstags-Klausur im Januar.

2.1 Arbeitsinhalte 2014

An der Klausursitzung wurden die Schwerpunkthemen und Kampagnen für 2014 besprochen. Dabei standen vor allem die kantonalen Wahlen im Vordergrund. Zudem macht Prof. Dr. Daniel Bochsler einen Input zur Positionierung der SP Kanton Bern.

Wichtigste Aufgaben der Geschäftsleitung sind die Diskussion aktueller politischer Vorlagen, die Vorbereitung der Parteitage sowie die Verabschiedung von Positionen und Vernehmlassungsantworten.

Die Wahlen 2014 und 2015 standen regelmässig auf der Traktandenliste. Wichtige politische Vorlagen waren vor allem das Pensionskassengesetz, die Initiative «Mühleberg vom Netz», die Folgen von ASP und die Krankenkassenprämienverbilligungen. Hinzu kamen parteiinterne Nominierungen, beziehungsweise Wahlen. Im August nominierte die Geschäftsleitung Ursula Marti einstimmig als neue Parteipräsidentin zuhanden des kantonalen Parteitags. Im September erfolgte die Wahl der neuen Parteisekretärin Zora Schindler, welche die Stelle am 1. Januar 2015 übernehmen wird.

Bei der Vorbereitung der Parteitage befasste sich die Geschäftsleitung insbesondere mit den kantonalen Wahlen 2014, Parolenfassungen und der Listengestaltung für die Nationalratswahlen 2015.

Die von der Geschäftsleitung verabschiedeten Stellungnahmen finden sich in Kapitel 2.3.

2.2 Zusammensetzungen der Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern umfasst folgende Mitglieder:

*Präsident / Präsidentin	Roland Näf, Muri-Gümligen (bis Okt. 2014) Ursula Marti, Bern (ab Nov. 2014)
*Vizepräsident	Roberto Bernasconi, Malleray
*Vizepräsidentin	Ursula Zybach, Spiez
*Präsident der GR-Fraktion	Michael Aebersold, Bern
**Parteisekretärin	Angelika Neuhaus, Bern
**Parteisekretär	Daniel Furter, Bern (bis März 2014) David Stampfli, Bern (ab April 2014)
Regierungsmitglieder	Barbara Egger-Jenzer, Bremgarten Philippe Perrenoud, Tramelan Andreas Rickenbacher, Jens
Vizestaatschreiberin	Christiane Aeschmann, Bern
Vertretung eidg. Deputation	Nadine Masshardt, Bern
Vertreterin SP Frauen	Barbara Stalder Ritschard, Muri-Gümligen (bis Mai 2014) Ursula E. Brunner, Hinterkappelen (ab Juni 2014)
Vertretung JUSO	Hannes Rettenmund, Huttwil (bis Mai 2014) Tamara Funciello, Bern (ab Juni 2014)
Genderfachperson	Ursula Marti, Bern (bis Okt. 2014) Tanja Bauer, Köniz (ab Nov. 2014)
Frei gewählte Mitglieder	Kaspar Boss, Interlaken Alain Sermet, Bienne (bis Okt. 2014) Samantha Dunning, Bienne (ab Nov. 2014) Gilles Zaugg, Wynigen

*Parteileitung

** PL- und GL-Mitglieder ohne Stimmrecht

2.3 Stellungnahmen 2014

Die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern nahm 2014 zu zehn kantonalen Vernehmlassungen und zu drei kantonalen Konsultationen Stellung.

2.3.1 Vernehmlassungen 2014

- Stellungnahme zum Grossratsbeschluss betreffend den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat)
- Stellungnahme zu Gesetzes- und Dekretsänderungen im Zusammenhang mit ASP 2014
- Stellungnahme zum Geoinformationsgesetz
- Stellungnahme zum Sachplan Veloverkehr
- Stellungnahme zur Änderung des Staatsbeitragsgesetzes
- Stellungnahme zur Änderung des Gesetzes betreffend Einführung der Bundesgesetze über die Kranken-, die Unfall- und die Militärversicherung (EG KUMV)
- Stellungnahme zur Steuergesetzrevision 2016
- Stellungnahme zur Teilrevision der Baugesetzgebung
- Stellungnahme zum Richtplan 2030
- Stellungnahme zum Massnahmenplan Luftreinhaltung

2.3.2 Konsultationen 2014

- Konsultation zur Kulturpflegestrategie des Kantons Bern
- Konsultation zur Integrationsverordnung
- Konsultation zur Verordnung über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen

Die Stellungnahmen zu Vernehmlassungen sowie Konsultationen können nach ihrer Verabschiedung auf der Website der SP Kanton Bern

www.spbe.ch nachgelesen werden.

David Stampfli, geschäftsführender Parteisekretär

Parteitage

Im Jahr 2014 führte die SP Kanton Bern drei Parteitage durch – zwei Abendparteitage in Bern und den ganztägigen Parteitag in Thun.

Abendparteitag vom 26. Februar 2014 in Bern

Schwerpunkt des Februar-Abendparteitages waren die kantonalen Wahlen 2014. Die Wahlplattformen zu den Regierungs- und den Grossratswahlen wurden präsentiert und verabschiedet. Zudem fassten die Delegierten die Abstimmungsparolen zu den Vorlagen «Pensionskassengesetz», «Mühleberg vom Netz» und «Handänderungssteuer».

Kantonale Wahlen

Ständerat Hans Stöckli eröffnete den Parteitag mit einer engagierten Motivationsrede. Roland Näf erläuterte die Wahlplattform für die Regierungsratswahlen. Michael Aebersold und Ursula Zybach präsentierten die Wahlplattform zu den Grossratswahlen. Diese Wahlplattform umfasste vier Schwerpunkte: Soziale Gerechtigkeit, gute Bildung, starker Kanton Bern und lebenswerte Umwelt. Zudem präsentierten alle SP-Regionen ihre Wahlkampfaktionen.

Parolenfassungen

Die Delegierten beschlossen einstimmig ein doppeltes Ja zum Pensionskassengesetz (Hauptantrag und Eventualantrag) und bei der Stichfrage ein Ja zum Hauptantrag. Damit sollte die Pensionskasse des Kantons Bern langfristig gesichert werden.

Im Weiteren fassten die Delegierten mit einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen die Ja-Parole für die Initiative «Mühleberg vom Netz». Die grosse Mehrheit wollte diesen Reaktor so rasch wie möglich abschalten.

Abschliessend entschied sich der Parteitag bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen für die Nein-Parole zur «Änderung des Gesetzes über die Handänderungssteuer». Zu gross wären die Mindereinnahmen des Kantons mit dieser Vorlage.

Resolutionen

Der Parteitag beschloss zwei Resolutionen.

«Schluss mit Steuertricks und Steuerbeschlüssen auf Kosten der ehrlichen und fairen Steuerzahlenden»: Steueroptimierung- und Betrug soll besser bekämpft werden.

«Für einen offenen und solidarischen Kanton Bern – gute Zusammenarbeit mit Europa bewahren»: Flankierende Massnahmen gegen Lohndumping und keine Rückkehr zum Saisonier-Statut.

Ganztägiger Parteitag vom 17. Mai 2014 in Thun

Am ganztägigen Parteitag in Thun gab es zuerst einen Rückblick auf die kantonalen Wahlen. In einem politischen Schwerpunkt wurde über die Agglomerationen diskutiert. Ursula Marti präsentierte das Gendermonitoring. Der langjährige Parteisekretär Daniel Furter wurde verabschiedet. Im Weiteren genehmigten die Delegierten den Jahresbericht und die Rechnung. Und zum Schluss wurden zwei Abstimmungsparolen gefasst.

Rückblick auf die Wahlen

Die kantonalen Wahlen waren weniger erfolgreich als erhofft. Zwar gelang es die rotgrüne Regierungsmehrheit zu halten, im Grossen Rat resultierte aber ein Verlust von zwei Sitzen. Der Politologe Claude Longchamp analysierte die Wahlen. Er kam zum Schluss, dass die SP ihre Themen noch besser kommunizieren muss. Zusätzlich müsse sie ihr Verhältnis zur GLP in sachpolitischen Fragen überdenken und eine neue Agglomerationspolitik lancieren.

Gendermonitoring

Ursula Marti präsentierte das Gendermonitoring als neues Instrument für die Überprüfung der Umsetzung der Gleichstellung innerhalb der Partei: Das Ziel der Geschlechterparität in den Gremien sei nur teilweise erreicht und es brauche entsprechende Massnahmen von der Partei und ihren Gremien.

Wahlen, Jahresrechnung und Jahresbericht

Die Jahresrechnung inklusive Finanzplanung und der Jahresbericht 2014 wurden einstimmig genehmigt. Zudem wurden für die zurückgetretenen GL-Mitglieder Barbara Stalder Ritschard und Hannes Rettenmund neu Ursula E. Brunner und Tamara Funicello gewählt.

Verabschiedung Daniel Furter

Roland Näf verabschiedete Daniel Furter, der während sieben Jahren, davon anderthalb Jahre als geschäftsführender Parteisekretär, für die SP Kanton Bern tätig war. Daniel strebte immer nur das Beste an und war mit Vollgas unterwegs, auch ohne Auto. Sein Nachfolger David Stampfli stellte sich kurz den Delegierten vor.

Politischer Schwerpunkt: Welche Agglomeration wollen wir?

Zuerst hielten Städtewanderer Benedikt Loderer und Ecopop-Präsident André Welti je ein Inputreferat. Anschliessend präsentierten GenossInnen aus verschiedenen Regionen je eine Agglomerationsgemeinde. Es bestand ziemlich Einigkeit, dass der Landverbrauch reduziert werden muss.

Parolenfassungen

Die Delegierten beschlossen einstimmig die Ja-Parole zur Initiative «Schluss mit Steuerprivilegien für Millionäre». Damit sollte endlich die Pauschalbesteuerung auf nationaler Ebene abgeschafft werden.

Zudem wurde ebenfalls einstimmig die Ja-Parole zur Initiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» gefasst. Das heutige ungerechte und teure System sollte endlich angepasst werden.

Abendparteitag vom 4. November 2014 in Bern

Am November-Abendparteitag in Bern wurde mit Ursula Marti eine neue kantonale Präsidentin gewählt und der scheidende Präsident Roland Näf verabschiedet. Der Entscheid zur Listengestaltung für die Nationalratswahlen 2015 wurde gefällt. Hans Stöckli wurde wieder als Ständeratskandidat nominiert. Zudem besuchte uns unsere Bundesrätin Simonetta Sommaruga.

Unsere Bundesrätin Simonetta Sommaruga

Simonetta Sommaruga zeigte sich begeistert über das grosse Engagement in der SP. Sie sprach sich zudem klar gegen die Ecopop-Initiative aus. Im Weiteren ging sie auch noch auf das Thema des Initiativrechts ein und verwies auf die grosse Verantwortung, welche mit diesem Recht verbunden sei.

Verabschiedung Roland Näf

Nationalrätin Margret Kiener Nellen verabschiedete Parteipräsident Roland Näf in einer emotionalen Rede begleitet von einer tollen PowerPoint-Präsentation. Roland war während sechs Jahren in der Parteileitung und davon vier als Präsident an allen Fronten extrem aktiv für die Partei.

Wahl der neuen Parteipräsidentin

Ursula Marti wurde als einzige Kandidatin von der GL vorgeschlagen. Michael Aebersold erläuterte das Verfahren zur Nomination von Ursula Marti. Die JUSO erklärte, dass sie sich enthalten werde, da es keine Auswahl gebe. Ursula Marti wurde bei 9 Enthaltungen mit überwältigendem Mehr gewählt. In ihrer Antrittsrede bekräftigte sie, wie sehr sich auf das Amt freue und dass sie eine Präsidentin für alle sein möchte.

Ersatzwahl in die Geschäftsleitung

Für den zurücktretenden Alain Sermet wurde neu Samantha Dunning aus Biel in die GL gewählt. Durch die Wahl von Ursula Marti zur Parteipräsidentin brauchte es zudem eine neue Genderfachperson. Als Ersatz wurde Tanja Bauer aus Köniz gewählt.

Listengestaltung Nationalratswahlen 2015

Die Delegierten beschlossen mit grossem Mehr mit folgenden vier Listen in die Nationalratswahlen 2015 zu gehen: SP-Frauen, SP-Männer, JUSO und Frankophone. Ganz neu war die frankophone Liste. Mit dieser sollte endlich wieder eine frankophone Berner Vertretung im Nationalrat erreicht werden.

Nomination Ständeratswahlen 2015

Der Parteitag nominierte einstimmig Hans Stöckli als Ständeratskandidaten. Hans zeigte sich in seiner Rede sehr motiviert, noch einmal für die SP ins Rennen zu steigen.

David Stampfli, geschäftsführender Parteisekretär

Nationalrats- und Ständeratsdeputation

In der Deputation (Evi Allemann, Margret Kiener Nellen, Nadine Masshardt, Matthias Aebischer, Corrado Pardini und Alexander Tschäppät (Nationalrat) sowie Hans Stöckli (Ständerat)) gab es 2014 **keine personellen Wechsel**.

In der **Frühlingsession** wurde die **Initiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“** behandelt (vom Nationalrat (NR) mit 124 zu 61 Stimmen zur Ablehnung empfohlen). Auch die Stimmbevölkerung lehnte die Initiative am 28. September ab: 62 Prozent Nein (Kanton Bern: 61,4 Prozent Nein).

Zu reden gab in der Märzsession ein Stichentscheid in Zusammenhang mit **Waffenexporten**. Seit 2008 sind diese in Länder, in denen „Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt werden“, verboten. Nach dem Ständerat (SR) sprach sich nun auch der NR knapp (Stichentscheid Präsidenten (CVP)) für eine **Lockerung der Auflagen für Waffenausfuhr** aus.

Weiter behandelte der NR wichtige bildungspolitische Geschäfte: So etwa die **Stipendieninitiative**, die abgelehnt wurde. Auch der SR sagte dazu in der Sommersession Nein. Nun entscheidet die Stimmbevölkerung im Juni 2015, ob in Zukunft alle Kantone eine vergleichbare Unterstützung an Auszubildende (Harmonisierung) gewähren soll.

Hohe Wellen warf das Ergebnis der Volksabstimmung vom 9. Februar zur **Masseneinwanderungsinitiative** der SVP (MEI). Das knappe Ja löste grosse Ratlosigkeit aus; besonders deutlich wurde dies in der Sonderdebatte des NR. Lösungen wurden keine präsentiert, aber die neu geschaffenen Probleme waren allgegenwärtig: Wie weiter mit dem Erasmus-

Studierendenaustausch? Mit dem Forschungsabkommen Horizon 2020? Die Umsetzung der MEI wird uns auch 2015 intensiv beschäftigen.

Weiter beschloss der NR, dass die **Ausschaffungsinitiative** strikt umgesetzt wird. Dabei soll die Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien bewusst in Kauf genommen. Der SR korrigierte diesen harten Kurs und stimmte in der Wintersession einer **Härtefallklausel** zu. Der NR befasst sich in der Frühlings-session 2015 wieder mit der Vorlage und folgt hoffentlich dem SR.

Eine Mehrheit des NR wollte in der Frühlings-session nicht auf die **Revision des Kartellgesetzes** eintreten. Die Berner Deputation war wie die gesamte SP-Fraktion gespalten – rund 2/3 der Fraktion stimmten für Eintreten, 1/3 war dagegen. Ziel des Gesetzes war es, die Hochpreisinsel Schweiz und wettbewerbswidrige Kartellabsprachen zu bekämpfen. Die Minderheit vertrat die Ansicht, dass die Revision aus Arbeitnehmersicht Nachteile wie Lohn-dumping bringe und das höhere Schweizer Preisniveau vor allem auf Preise in regulierten Bereichen zurückzuführen sei.

Auch der **zweite Anlauf in der Herbstsession** scheiterte. Der NR trat erneut nicht aufs Kartellgesetz ein. Die Berner Deputation war wieder gespalten: Evi Allemann, Matthias Aebischer, Alex Tschäppät und Nadine Masshardt waren für Eintreten, Corrado Pardini und Margret Kiener Nellen dagegen.

In der Frühlings-session wurde das **Radio- und Fernsehgesetz** (RTVG) behandelt. Künftig sollen alle Haushalte und Unternehmen ab einem Jahresumsatz von 500'000 Franken Radio- und TV-Gebühren bezahlen. Weil der Gewerbeverband das Referendum ergriffen hat, kommt die Vorlage im Juni 2015 vors Volk.

In der **Sondersession im Mai** standen zwei Initiativen im Zentrum: Die Volksinitiative „**Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre**“ (Abschaffung Pauschalsteuer), die Ende November zur Abstimmung kam und abgelehnt wurde (59,2 Prozent Nein, Kanton Bern: 56,1 Prozent Nein), sowie die **SVP-Goldinitiative**, welche die Stimmbevölkerung ebenfalls Ende November deutlich verwarf (77,3 Prozent Nein, Kanton Bern: 78,4 Prozent Nein).

Bei den **Volksabstimmungen im Mai** gelang uns eine Sensation: Erstmals seit 20 Jahren sagte eine Mehrheit der Stimmenden Nein zu einer militärpoli-

tischen Vorlage (53,4 Prozent, Kanton Bern: 50,9 Prozent). Damit gibt es keinen **Gripen**. Deutlich abgelehnt wurde zudem leider die **Mindestlohninitiative** (76,3 Prozent Nein, Kanton Bern: 76,2 Prozent Nein).

Die **Sommersession** startete mit der Frage, ob die **Präimplantationsdiagnostik** PID in der Schweiz zugelassen werden sollte. Die Mehrheit des NR stimmte für neue Diagnoseinstrumente, jedoch gegen sogenannte „Retter-Babys“. SR und NR stimmten in der Wintersession dem neuen Gesetz und der neuen Verfassungsbestimmung zu. Das letzte Wort wird aber voraussichtlich das Volk haben, da die EVP das Referendum ergreift.

Weiter diskutierte der NR die **CVP-Familieninitiative**, die im Parlament chancenlos war. Alle Parteien – mit Ausnahme der CVP – lehnten das Anliegen ab. Begründung: Von der Initiative profitierten vor allem Familien mit einem hohen Einkommen, denn nur diese können überhaupt Steuerabzüge machen. Massive Sparpakete wären die Folge (auf Bundesebene 200 Millionen Franken und auf Kantons- und Gemeindeebene 760 Millionen). Davon wären wiederum vor allem Familien mit geringen oder mittleren Einkommen betroffen. Die Stimmbevölkerung entscheidet am 8. März 2015 über diese unfaire Vorlage.

Auch eine zweite Initiative war in der Sommersession Thema: „Stopp der Überbevölkerung – **Ecopop**“. Hier war die Ablehnung im NR noch deutlicher. Nur drei Parlamentarier stimmten dafür. Wuchtig verworfen wurde sie auch vom Volk Ende November – mit mehr als 74 Prozent Nein-Stimmen.

Der NR befasste sich weiter mit dem **Bürgerrechtsgesetz**. SP und Grüne lehnten die Revision ab, weil die Voraussetzungen für den Erwerb des Bürgerrechtes zu stark verschärft wurden.

Die Abstimmung zur öffentlichen Krankenkasse ging Ende September verloren. Der Druck der Initiative führte jedoch dazu, dass der NR in der Herbstsession endlich einem **neuen Aufsichtsgesetz über die Krankenkassen** zustimmte.

Zudem stellte sich der NR klar gegen die SVP, die in zwei parlamentarischen Initiativen forderte, dass die **Bundesverfassung über das Völkerrecht** ge-

stellt werden soll. Höchstwahrscheinlich ist das Thema jedoch noch nicht vom Tisch, da die SVP eine Initiative „Landesrecht vor Völkerrecht“ lancieren will.

Einen erfreulichen Entscheid familienpolitischer Natur fällt der NR, indem er die **Schaffung von Betreuungsplätzen** für Kinder weitere vier Jahre finanziell unterstützen will.

Der NR stimmte weiter einem **neuen Führungsmodell** auf Bundesebene zu.

Zentrales Geschäft der Herbstsession war die **zweite Gotthardröhre**. Trotz Alpenschutzartikel ist die Mehrheit dafür, dass für rund drei Milliarden Franken ein zweites Loch gebohrt wird. Die SP ergriff nach dem Entscheid mit anderen Organisationen das **Referendum**. Am 13. Januar 2015 wurden mehr als 125'000 Unterschriften eingereicht. Die Volksabstimmung findet voraussichtlich 2016 statt.

Die GLP-Initiative „**Energie- statt Mehrwertsteuer**“ wurde im NR mit 171 zu 27 Stimmen deutlich abgelehnt. Die SP setzte sich für einen Gegenvorschlag ein. Dieser forderte, dass in der Verfassung die rechtliche Grundlage für eine Lenkungsabgabe für nicht erneuerbare Energie geschaffen wird. Der Gegenvorschlag war chancenlos. Nun stimmt das Volk am 8. März 2015 über die Initiative ab.

Die Wintersession stand ganz im Zeichen der **Energiepolitik** (Energiestrategie 2050). Während dem SR die Debatte noch bevorsteht, hat der NR erste Schritte in Richtung Energiewende beschlossen. Leider verpasste es die Mehrheit, eine Laufzeitbeschränkung für neuere **AKW** festzulegen. Und dass die Frist von 60 Jahren für uralt-AKW viel zu lang ist, versteht sich von selbst. Erfreulich hingegen sind das Verbot für den Bau neuer AKW sowie der Ausbau der **einheimischen erneuerbaren Energien** und die Ziele für mehr **Energieeffizienz**. Weiter sollen die **CO2-Emissionen** gesenkt werden.

In der **Budgetberatung** gelang es der SP, die einschneidendsten bürgerlichen Abbaumassnahmen zu verhindern und die formelle Behandlung des Abbauprogramms **Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket**

2014 (KAP) auf 2015 zu verschieben. Erstmals seit zwanzig Jahren gelang eine Aufstockung der Steuerinspektoren um fünf Stellen in der ESTV. Gewinnerin war die Landwirtschaft, die mit einem „Bauernplay“ Subventionserhöhungen von über 100 Millionen herausholte.

Die „Groupe d'action financière“ (GAFI) schlug dringende Massnahmen gegen die **Geldwäscherei** vor. Ein Tauziehen gab es um das Barzahlungsverbot ab 100'000 Franken. Eine Mehrheit stimmte schliesslich einer Regel zu, wonach Händler, die sich Sorgfaltspflichten unterstellen, weiterhin Schmuck über 100'000 Franken bar verkaufen. Am Ende stimmte eine knappe Mehrheit des NR dem Gesetz zu.

Der **Konsumentenschutz** musste in der Wintersession eine Niederlage hinnehmen. Das im Gesetz geltende Widerrufsrecht für Haustürgeschäfte soll auf Telefonverkäufe ausgedehnt werden. Die ständerätliche Kommission dehnte die Regelung zu Recht auf den Online-Handel aus. Überraschend versenkte dann der SR diese zeitgemässe Erweiterung wieder.

In einer open-end-Sitzung befasste sich der NR zudem mit der **Erbschaftsteuer-Initiative**. Kurz vor Mitternacht wurde diese schliesslich deutlich abgelehnt. Das letzte Wort hat die Stimmbevölkerung im Juni 2015 an der Urne.

Die **CVP-Initiative „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“** wurde abgelehnt und der Gegenvorschlag mit kräftiger Unterstützung der SP deutlich angenommen. Dieser eliminiert die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare und lässt den Weg zur Individualbesteuerung offen. Kritisch an der CVP-Initiative ist, dass sie den Ehebegriff in der Verfassung als Wirtschaftsgemeinschaft von Frau und Mann zementieren will.

Mit einem dringlichen Gesetz sollen die Organisationen Al-Kaida und Islamischer Staat sowie vergleichbare **extremistische Organisationen in der Schweiz verboten** werden. Das Gesetz trat 2015 in Kraft und ist bis Ende 2018 befristet.

Vor 40 Jahren unterzeichnete die Schweiz die **Europäische Menschenrechtskonvention** (EMRK). Aus diesem Anlass richtete **Dean Spielmann**, Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, das Wort an die vereinigte Bundesversammlung.

Das Jahr 2015 ist auf Bundesebene ganz in SP-Hand: Wir stellen die drei Präsiden: **Simonetta Sommaruga** ist Bundespräsidentin, **Stéphane Rossini** (VS) höchster Nationalrat und **Claude Hêche** (JU) Ständeratspräsident.

Die Berner Deputation ist in folgenden **Kommissionen** vertreten:

Hans Stöckli (SR):	Begnadigungskommission; Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit; Staatspolitische Kommission; Geschäftsprüfungskommission
Evi Allemann (NR):	Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen; Sicherheitspolitische Kommission
Matthias Aebischer (NR):	Präsident der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur; Gerichtskommission
Margret Kiener Nellen (NR):	Finanzkommission; Rechtskommission; OSZE- und IPU-Delegation
Nadine Masshardt (NR):	Staatspolitische Kommission
Corrado Pardini (NR):	Kommission für Wirtschaft und Abgaben
Alex Tschäppät (NR):	Geschäftsprüfungskommission

Nadine Masshardt, Nationalrätin und Mitglied der GL SP Kanton Bern

Grossratsfraktion

Personelles

In der Januarsession wählte die Fraktion Elisabeth Striffeler als Vizefraktionspräsidentin, womit der Fraktionsvorstand nach dem Rücktritt von Émilie Moeschler aus dem Grossen Rat im Herbst 2013 wieder komplett war. Einen Wechsel gab es auch im Sekretariat. Daniel Furter hat die SP Ende März verlassen. Sein Nachfolger David Stampfli unterstützt die Fraktion seit der Märzsession. Nach der Wahl von Ursula Marti zur Präsidentin der SP Kanton Bern als Nachfolgerin von Roland Näf gab es im November einen weiteren Personalwechsel im Fraktionsvorstand. Ich danke Roland für sein langjähriges, riesiges Engagement, welches er - auch als Mitglied des Fraktionsvorstands - geleistet hat.

Von zentraler Bedeutung waren die Grossrats- und Regierungsratswahlen vom 30. März 2014. In einem bis zu Letzt offenen Rennen konnte Rot-Grün zum dritten Mal in Folge die Regierungsmehrheit gewinnen. Herzliche Gratulation an Barbara Egger-Jenzer, Philippe Perrenoud, Andreas Rickenbacher und Bernhard Pulver. Barbara Egger-Jenzer wurde im Juni zum dritten Mal Regierungspräsidentin.

Bei den Grossratswahlen gewann die SP zwar 0.24% und konnten den Stimmenanteil auf 19.14% erhöhen. Trotzdem verloren wir zwei Sitze im Parlament. Durch eine bessere Planung der Rücktritte wären die Verluste wohl zu verhindern gewesen. Die Parti socialiste autonome PSA konnte ihre drei Sitze erhalten. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion ist mit 36 Mitgliedern nach wie vor die zweitstärkste Fraktion und seit den Neuwahlen praktisch paritätisch zusammengesetzt.

Januarsession

Bereits im Vorfeld gaben zwei Geschäfte Anlass zur Diskussion: Der Kreditantrag über 5 Millionen Franken für die International School of Berne sowie eine Motion mit der Forderung, dass der Kanton sein Land beim Viererfeld nicht an die Stadt Bern verkaufen soll. Der Kredit kam nach den einschneidenden Budgetbeschlüssen im November 2013 zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Als sich auch noch die Eigentumsverhältnisse änderten, wurde das Geschäft vom Regierungsrat zurückgezogen.

In 1. Lesung wurden diverse Gesetze beraten; u.a. das Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen, das Gesetz über Gewässerunterhalt und Wasserbau, das Gesetz über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung. Unter dem Titel «Nachhaltige Sanierung der Finanzen» forderten FDP, SVP, BDP und EDU im Januar einen positiven Saldo der Rechnungen 2015 bis 2018, kein Schuldenzuwachs sowie den Verzicht auf Steuererhöhung. Die Motion wurde von eben diesen Parteien überwiesen.

Märzsession

Verschiedene Gesetze wurden meist einstimmig verabschiedet: Das Finanzkontrollgesetz, das Gesetz über die Bernische BVG- und Stiftungsaufsicht, das Gesetz über Gewässerunterhalt und Wasserbau sowie das kantonale Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetz.

Eine herbe, wenn auch absehbare Niederlage erlitten wir beim Gesetz über die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsbaus. Die bürgerliche Mehrheit versenkte dieses Gesetz, welches eine minimale finanzielle Unterstützung für die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsbaus vorsah. Von der gleichen Seite versenkt wurde auch das Gesetz über den Fonds zur Deckung von Investitionsspitzen. In Anlehnung an die ASP-Debatte im 2013 und mit Blick auf die Budgetdebatte im kommenden November galt für die Bürgerlichen weiterhin das Motto „Der Kanton Bern muss sparen, koste es, was es wolle“.

Der Grosse Rat befasste sich auch mit Fracking. Der Regierungsrat wurde mittels Motion beauftragt, dem Grossen Rat eine Gesetzesänderung vorzulegen, welche die Förderung nichtkonventioneller fossiler Ressourcen im Kanton Bern verbietet. Die Motion wurde mit 93 Ja, 47 Nein und 8 Enthaltungen überwiesen. Mit wenigen Gegenstimmen wurden auch vier Postulate überwiesen, welche Zusatzmandate und finanzielle Vergütung von Regierungsmitgliedern und ChefbeamtInnen zum Thema hatten. Im Vordergrund für die SP-JUSO-PSA-Fraktion standen und stehen klare Regelungen und Transparenz.

Es war die letzte Session vor den Neuwahlen und noch nach altem Grossratsgesetz. Auf der Traktandenliste standen zum letzten Mal viele Interpellationen, welche zu reden gaben, ohne politische Wirkung zu entfalten.

Junisession

In neuer Zusammensetzung bereitete sich die motivierte SP-JUSO-PSA-Fraktion in Sigriswil auf die Legislatur 2014 bis 2018 vor. Die Session diente vorerst der Konstituierung des Rats und seiner Kommissionen. Nach neuem Grossratsgesetz gibt es neben den drei Aufsichtskommissionen (Finanzkommission, Geschäftsprüfungskommission und Justizkommission) die Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen sowie vier Sachbereichskommissionen.

<http://www.gr.be.ch/gr/de/index/organisation/organisation/kommissionen.html>.

Die Sitze und die Präsidien der Kommissionen wurden gemäss Proporz verteilt. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion kann dank der gemeinsamen Fraktion in jeder Kommission 4 der 17 Sitze besetzen und von den 8 Kommissionspräsidien deren 2. Als zweitstärkste Fraktion ist es ungeschriebenes Gesetz, dass die SP das Präsidium der Geschäftsprüfungskommission (vorher hiess sie Oberaufsichtskommission) erhält. Aus politischen Überlegungen kämpfte die Fraktion für das Präsidium der Bildungskommission, was sie schliesslich auch erhielt. Peter Siegenthaler wurde zum Präsidenten der GPK und Elisabeth Zäch zur Präsidentin der Bildungskommission gewählt. Roland Näf, der von der Fraktion für das Präsidium der Bildungskommission offiziell vorgeschlagen wurde, fand im Grossratsplenum keine Mehrheit. In einer Kampfwahl gewann der Grüne Blaise Kropf das Präsidium der Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission gegen den Kandidaten der SVP. Die Verteilung der 32 Kommissionssitze konnte in der Fraktion ohne Kampfwahlen vorgenommen werden. 5 der 36 Fraktionsmitglieder wollten keiner Kommission angehören.

Danach ging es wie gewohnt zur Sache. Auf das Gesetz über Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien wollten die Bürgerlichen schon gar nicht eintreten. Die SP-Motion «Skandalöse Veranlagungspraxis der Berner Steuerverwaltung?», welche die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission forderte, wurde hoch abgelehnt.

Ein Highlight war die Einstimmigkeit beim mehrjährigen Verpflichtungskredit für den Neubau des Campus Biel/Bienne der Berner Fachhochschule. Zustimmung fand auch der Bericht «Zusammenführung Zentrum Paul Klee und Kunstmuseum Bern». Innerhalb der Fraktion umstritten war eine Standesinitiative, welche die prioritäre Berücksichtigung der Engpassbeseitigung Bern-Wankdorf-Muri (A6) forderte. Im Rat wurde der Standesinitiative klar zugestimmt. Auch in dieser Session waren verschiedene Gesetze traktandiert; u.a.

das Mittelschulgesetz (Änderungen) und das Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe in 1. Lesung, mit dem die Unterstützung der Bedürftigen um 10 Prozent gekürzt werden soll.

Septembersession

Die Session dauerte nur eine Woche inkl. Fraktionsausflug. Dieser wurde von Ursula Zybach organisiert und führte ins Berner Oberland mit Schifffahrt auf dem Brienersee und Besuch des Freilichtmuseums Ballenberg.

Aus der Polizei- und Militärdirektion wurde ein mehrjähriger Verpflichtungskredit zur Unterbringung und Betreuung unbegleiteter, minderjähriger Asylsuchende genehmigt. Auch als Postulat keine Chance hatte die Motion «Keinen gewerblichen Betrieb mit Jetbooten auf Berner Gewässer» von Christoph Ammann, welche eine gesetzliche Grundlage forderte, um den gewerblichen Betrieb mit Jetbooten auf Berner Gewässern verbieten zu können.

In zweiter Lesung wurde mit vielen Nein-Stimmen aus der Fraktion das Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe verabschiedet. Bewilligt wurde der Kredit aus der Gesundheits- und Fürsorgedirektion zur Verselbständigung der kantonalen Psychiatrischen Dienste.

Einen Vorgeschmack auf die Diskussionen zur Spitalstandort-Initiative gab die Motion Knutti «Stopp dem Angebotsabbau in den öffentlichen Spitälern». Damit sollten die Verantwortlichen der Regionalen Spitalzentren (RSZ) angewiesen werden, keine weiteren Angebotsreduktionen in den Spitälern bis nach der Volksabstimmung über die «Spitalstandort-Initiative» zu beschliessen oder umzusetzen sowie die Geburtenabteilung im Spital Zweisimmen mindestens bis nach der Volksabstimmung über die «Spitalstandort-Initiative» zu betreiben. Der Grosse Rat setzte ein klares Zeichen und lehnte diese Forderungen mit 40 Ja, 103 Nein und 10 Enthaltungen ab. Eine klare Abfuhr gab es auch für die BDP-Motion «Keine Steuermillionen für Gurlitt-Sammlung».

Mit der Motion «Klassenerhöhungsmoratorium» von Peter Gasser sollte eine ASP-Massnahme rückgängig gemacht werden. Der Vorstoss blieb chancenlos. Einen wichtigen Entscheid in Sachen Genderpolitik fällte der Grosse Rat knapp; er stimmte einem Postulat zu, welches mehr Frauen in Kaderfunktionen in der Verwaltung und in den Institutionen mit kantonaler Beteiligung fordert.

Novembersession

Auch die Novembersession war kurz; sie endete in der zweiten Woche am Dienstagmittag. Inhaltliche Schwerpunkte bildeten der Voranschlag 2015, der Aufgaben-/Finanzplan 2016-2018 sowie das Kreditgeschäft International School of Berne. Obschon die Finanzaussichten für die Zukunft wieder besser aussehen, kannte die bürgerliche Mehrheit kein Pardon. Die Fraktion beantragte die schlimmste ASP-Massnahme, die Kürzung der Krankenkassenprämienverbilligung, rückgängig zu machen. Sie forderte auch, auf die vollumfängliche Umsetzung der im Jahr 2013 beschlossenen ASP-Massnahmen zu verzichten, wenn sich die finanzielle Situation des Kantons weiter entspannt. Beide Anliegen wurden abgelehnt. Die bürgerliche Mehrheit boxte dafür drei Finanzmotionen durch: «Keine Budgetierung der SNB-Gewinne für die Voranschläge 2015/16», «Anpassung des Plafonds für die Nettoinvestitionen auf CHF 440 Millionen ab 2016» sowie «Keine Neuverschuldung in den Finanzplanjahren». Zu Diskussionen Anlass gab der kantonale Beitrag an den Neubau der International School of Berne. Über Parteigrenzen hinweg Anlass zu Kritik gab das Projekt vor allem wegen zu grossem Landverbrauch. Schlussendlich setzte sich die Meinung durch, dass die Schule für den Kanton Bern einen wichtigen Standortfaktor bedeutet. Mit 87 Ja, 46 Nein und 18 Enthaltungen wurde der Kredit genehmigt.

Das professionalisierte Kommissionswesen zeigte sich unter anderem bei wichtigen Geschäften aus der Gesundheits- und Fürsorgedirektion. So wurden der Bericht zur Umsetzung des Familienkonzepts und der Zusatzbericht zum Suchthilfegesetz nach reduzierter Debatte praktisch einstimmig zur Kenntnis genommen, genauso wie die Verlängerung der Versorgungsplanung 2011-2014. Aus der Erziehungsdirektion bildeten zwei Motionen zum Lehrplan 21 einen Schwerpunkt. Der Grossrat lehnte zu Recht ab, ihm die Einführung des Lehrplans zum Entscheid vorzulegen. Der Raumplanungsbericht 2014, welcher unter anderem den Paradigmenwechsel zu vermehrter Siedlungsentwicklung nach innen vorsieht, wurde deutlich angenommen. Abgelehnt wurden Anträge von SP und Grünen, welche den Kanton bei der Planung im Bereich Abbau, Deponie und Transporte stärken wollten.

Mit dem neuen Grossratsgesetz hat sich einiges geändert. Es findet keine Fragestunde mehr im Plenum statt; die Fragen werden schriftlich beantwortet. Die Antworten der Regierung auf Interpellationen sind dem Sessionsprogramm angehängt und sind nicht mehr traktandiert. Bei einzelnen Geschäf-

ten, z. B. unbestrittenen Berichten oder Krediten sowie Motionen mit Richtliniencharakter, kann eine reduzierte oder organisierte Debatte beschlossen werden, was zu einer Verkürzung der Redezeit im Grossen Rat führt. Auch das neue Kommissionswesen entlastet das Plenum und führt zu einer Professionalisierung. Als Zwischenbilanz kann festgehalten werden, dass sich die Parlamentsreform gelohnt hat.

Fazit

Im Jahresbericht 2013 hielt ich hier fest: „Die bürgerliche Finanzpolitik ist gescheitert. Steuersenkungen auf dem Buckel der Ärmsten und Schwächsten sind nicht nur unsozial, sondern schädlich für den Kanton Bern. Am 30. März sind Regierungs- und Grossratswahlen. Wir müssen die Mehrheiten in der Exekutive halten und im Grossen Rat an Sitzen zulegen.“

Erstens kommt es anders als man zweitens denkt. Nun stehen aber die nächsten Wahlen an: Setzen wir alles daran, unsere Sitze im Nationalrat zu halten und Hans im Stöckli wieder ins Stöckli zu bringen. Es braucht die SP als soziale Kraft mehr denn je!

Dafür ist die Fraktion gut aufgestellt und motiviert. Ich danke allen für den engagierten Einsatz. Super unterstützt werde ich von Elisabeth Striffeler-Mürset, Adrian Wüthrich (Vizepräsident) sowie Béatrice Stucki (Kassierin). „Merci viu mau!“ Mein Dank geht auch an unsere Regierungsmitglieder Barbara Egger-Jenzer, Philippe Perrenoud und Andreas Rickenbacher sowie an das kompetente Team vom Sekretariat, namentlich David Stampfli und Sonja Walther.

Michael Aebersold, Fraktionspräsident

Parti socialiste du Jura bernois (PSJB)

Une année à deux visages – Ein Jahr mit zwei Gesichtern

Après l'effervescence provoquée par la votation du 24 novembre 2013, votation qui a, rappelons-le, vu près de 72% des Jurassiens bernois manifester leur volonté de demeurer au sein du canton de Berne, l'année 2014 a été plus calme dans le Jura bernois. Comme il fallait s'y attendre, la Ville de Moutier a d'ores et déjà demandé le lancement d'une procédure communaliste telle qu'envisagée par l'accord de février 2012. Celle-ci pourrait avoir lieu en 2016 ou en 2017, après quoi la « Question jurassienne » sera, conformément aux termes même de l'accord évoqué ci-dessus, considérée comme « politiquement réglée ». Ce ne sera pas trop tôt.

Sur le plan économique, l'année peut être qualifiée de bonne, voire d'excellente dans des secteurs tels que l'horlogerie. Le chômage est resté à un taux bas dans le Jura bernois, notamment en comparaison des régions voisines jurassiennes et neuchâteloises. On en déplore pas moins une augmentation du nombre de celles et ceux dont le statut se fragilise, notamment parce qu'ils font les frais de la politique financière irresponsable menée par les partis bourgeois. Surtout, de gros nuages s'accumulent à l'horizon en ce début 2015 : l'annonce, par le directoire de la BNS, de l'abandon du taux plancher du franc par rapport à l'euro pourrait en effet avoir des conséquences dramatiques dans une région aussi largement tournée vers les exportations que le Jura bernois.

Les fusions de communes demeurent à l'ordre du jour. Si l'ambitieux projet de « Trois-Rivières » a nettement échoué devant le peuple, les quatre communes du Petit-Val (Châtelat, Monible, Sornetan et Souboz) ont par contre accepté d'unir leurs destinées, tout comme celles de Malleray, Bévillard et Pontenet, qui formeront désormais Valbirse, et celles de Péry et de La Heutte.

Elections cantonales et régionales – RR-, GR- und BJR-Wahlen

Le PS Jura bernois peut se déclarer très satisfait du résultat des élections du 30 mars. A tout seigneur tout honneur, relevons d'abord le magnifique score réalisé par Philippe Perrenoud sur ses terres, qui permet ainsi aux forces de progrès de conserver la majorité à l'exécutif cantonal. Au Grand Conseil, le

PS, avec Roberto Bernasconi et Francis Daetwyler, conserve ses deux mandats. Pour la première fois, le PS Jura bernois présentait une liste femmes qui a rencontré un succès remarquable et manque de quelques suffrages seulement la conquête d'un siège supplémentaire, siège qui échoit finalement au PSA, toujours encoublé dans ses apparentements avec le PDC ou les libéraux séparatistes.

Au Conseil du Jura bernois, le PS est sorti grand vainqueur, avec la conquête de deux sièges supplémentaires. Sandra Roulet Romy et Martine Gallaz ont ainsi rejoint les sortants Marcelle Forster, Antoine Bigler, Francis Daetwyler et Christophe Gagnebin, permettant à la représentation socialiste d'atteindre une parité de bon aloi.

Elections communales - Gemeindewahlen

Le bilan des élections communales est par contre nettement décevant. A Valbirse d'abord, où la mairie échoit au maire radical de Bévillard Paolo Annoni qui l'emporte contre le maire socialiste de Malleray Roberto Bernasconi. Dans cette nouvelle commune, les socialistes occuperont deux sièges à l'exécutif et sept au législatif. A Moutier, la liste Interface à laquelle est associée le PS, perd un siège au législatif tout en pouvant se réjouir de la brillante réélection de Sylvia Rubin au Conseil municipal. A Saint-Imier, le PS perd un siège à l'exécutif et trois au législatif. A Tramelan enfin, la mairie, socialiste depuis douze ans, passe en mains radicales alors que le PS perd quatre sièges au législatif tout en demeurant, et de loin, la première force politique de la localité.

L'analyse de ces résultats et les explications quant à ces échecs ne sont guère aisées. On relèvera toutefois les éléments suivants :

- L'effritement des partis traditionnels, dont le PS. L'électorat, et plus encore les candidat-e-s potentiels, tendent à préférer des listes «hors partis», «apolitiques» centrées, croient-ils, sur la défense véritable des intérêts communaux. On a une image faussée de l'appartenance à un parti, dont on pense qu'elle implique un respect strict de consignes imposées d'en haut. L'idée selon laquelle le clivage droite-gauche n'a plus lieu d'être est souvent évoquée aussi, malgré tous les dégâts provoqués par la politique des partis bourgeois, dans notre canton comme dans la plupart des pays européens.

- Le sérieux, le souci de cohérence aussi, qui caractérisent la politique socialiste ne sont pas toujours très spectaculaires et interpellent moins un électorat souvent sensibilisé à des objets très ponctuels.
- L'apparition de nouvelles listes, notamment à Tramelan (PEV et La Gauche) et à Valbirse (Liste Libre)
- A Moutier, la polarisation autour de la question institutionnelle favorise les partis extrémistes, Rauraques d'un côté et UDC de l'autre.
- Enfin, le PS souffre d'un problème d'image, ce qui n'est pas propre à notre région, mais nous interpelle néanmoins fortement. Il n'est plus ressenti comme l'incarnation d'un changement possible et c'est désormais le fatalisme qui tend à l'emporter face à la toute-puissance des milieux économiques.

Au Conseil du Jura bernois – Im Bernjurassischen Rat

Le Conseil du Jura bernois, présidé jusqu'au 31 mai 2014 par Christophe Gagnebin, a pu tirer un bilan très positif de ses deux premières législatures d'existence. Il est devenu un interlocuteur privilégié et reconnu du Conseil-Exécutif – même si certains cadres de l'administration peinent toujours à prendre la pleine mesure des spécificités du Jura bernois et des exigences du bilinguisme. Il s'est attaché, dans les domaines de sa compétence, à rechercher des solutions constructives et, notamment en matière culturelle, à insuffler un vent nouveau tout en faisant valoir les intérêts du Jura bernois dans le cadre de la révision de la LEAC. Le projet ARS de mise en réseau des acteurs des arts de la scène se veut à la fois ouvert et novateur et devrait apporter une dynamique nouvelle.

A l'instigation du PS, la législature qui vient de débiter devrait permettre au CJB de mieux profiler une région encore trop mal connue, d'en donner une image qui reflète mieux encore son dynamisme et sa richesse. Les défis démographiques constitueront un autre volet essentiel pour une région qui doit sans cesse rappeler combien elle est proche de tout.

La vie du parti – Die Partei im Alltag

Sur le plan interne, l'année 2014 a été relativement stable. Le Bureau s'est réuni régulièrement, et le Congrès a pris position sur les objets soumis en votation populaire. On relèvera le bon résultat obtenu dans le Jura bernois par les initiatives sur la caisse unique ou les forfaits fiscaux, mais aussi – et

c'est bien moins heureux – par l'initiative sur l'immigration de masse. Preuve d'un écart qui se creuse entre le monde politique et la société dite civile, de certaines inquiétudes diffuses qui doivent être prises en compte, preuve enfin de l'impact croissant des discours populistes auxquels nous n'avons «que» la raison et l'espoir à opposer.

Le PS Jura bernois a par ailleurs dû renoncer, en raison des exigences tatillonnes de «La Poste», à publier son journal DEFIS. Le Comité directeur penche actuellement sur une formule électronique.

Enfin, le PS Jura bernois s'est attaché à préparer les échéances fédérales d'octobre 2015. Il a approuvé à l'unanimité la constitution d'une liste francophone avec les camarades du PSR de Bienne, liste à laquelle le PSA a refusé de se joindre. L'objectif, certes très ambitieux, est d'assurer un siège à la minorité francophone – un siège qui devrait être socialiste dans une région qui vote nettement plus à gauche que la moyenne cantonale ou nationale.

Christophe Gagnebin, membre du bureau du comité du PSJB

SP Frauen Kanton Bern

Das Jahr 2014 war mein erstes Jahr als Präsidentin der SP-Frauen Kanton Bern. Zusammen mit den Frauen des Leitungsgremiums haben wir in den vergangenen Monaten neue Strukturen geschaffen. Das Leitungsgremium kommt noch ca. vier Mal pro Jahr an ordentlichen Sitzungen und einmal für eine Retraite zusammen. Zudem treffen sich die Präsidentin, die Vizepräsidentin und die Parteisekretärin einmal im Monat. Mit diesen neuen Strukturen ist die Führung der SP-Frauen flexibler und situationsbezogener geworden. Zudem werden die Mitglieder des Leitungsgremiums entlastet und können sich vermehrt, z.B. in Arbeitsgruppen, auf ausgewählte Themen konzentrieren.

An der letztjährigen HV der SP-Frauen befassten wir uns mit dem Thema demografische Entwicklung und beschlossen ein Manifest für ein gutes Leben für alle – auch im Alter. Frauen des Leitungsgremiums haben eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema gegründet, die in einem ersten Schritt eine Tagung vorbereitet hat.

Eine zweite Arbeitsgruppe setzte sich mit den National- und Ständeratswahlen vom 18. Oktober 2015 auseinander. Sie entwickelte frauenspezifische Unterstützungsmassnahmen und Aktionen für unsere Nationalratskandidatinnen.

Als Grossrätin freue ich mich natürlich besonders über das gute Resultat der SP-Frauenliste. Sie gibt dem Frauenanteil in der SP-Fraktion Aufwind. Die paritätische Zusammensetzung der Grossratsfraktion hat positive Auswirkungen. Die Fraktionsfrauen setzen sich für gemeinsame Themen ein und geben Impulse an die ganze Fraktion weiter. Der Zusammenhalt unter den Frauen wurde noch verstärkt durch einen Rhetorik-Kurs im Grossratssaal. Daran haben sowohl gewählte Grossrätinnen als auch nicht gewählte Frauen der Grossratslisten teilgenommen. Der Kurs war sehr gut besucht. Die anwesenden Frauen konnten sich mit viel Spass, Fertigkeiten und Tricks für ihre Auftritte im Grossen Rat oder anderswo aneignen.

Wegen der Restrukturierung fanden im Jahr 2014 sieben Sitzungen des Leitungsgremiums statt. An diesen Sitzungen wurden, wie bisher, alle offenen Vernehmlassungen daraufhin angeschaut, ob es Eingaben aus Frauensicht braucht. Zur Sprache kamen auch die Geschäfte des Grossen Rates sowie die Anliegen und Veranstaltungen der SP Frauen Schweiz. Wir sind sehr an einer Vernetzung mit anderen Frauenorganisationen interessiert, so z.B. pflegen wir einen direkten Kontakt zum „marche mondiale des femmes“, zur Frauenzentrale und zur kantonalen Fachkommission für Gleichstellungsfragen. Aus diesem Grund sind wir auch in diesen Gremien vertreten. Dank unserem Sitz in der Geschäftsleitung der SP Kanton Bern konnten wir uns auch auf dieser Ebene direkt einbringen.

Die letztjährige HV hat Barbara Stalder Ritschard verabschiedet. Ihr ist es zu verdanken, dass für die letzten Grossratswahlen Frauen- und Männerlisten möglich geworden sind. Ich danke meiner Vorgängerin an dieser Stelle nochmals im Namen der SP Frauen für ihren grossen Einsatz als Präsidentin. Auf Ende des Jahres mussten wir uns von Angelika Neuhaus verabschieden. Sie war 15 Jahre kantonale Parteisekretärin und zuständig für die SP Frauen. An dieser Stelle danke ich auch Angelika nochmals herzlich für alles, was sie für uns SP Frauen geleistet hat und wünsche ihr einen genussvollen „Unruhestand“.

Ursula E. Brunner, Präsidentin der SP Frauen Kanton Bern

JUSO Kanton Bern

Die JUSO Kanton Bern schaut auf ein bewegtes Jahr zurück und umso zuversichtlicher in die Zukunft.

Begonnen hat das Jahr mit den Grossratswahlen. Die JUSO im Kanton Bern kam ausgelaugt aus einem spektakulären 1:12 Abstimmungskampf und hatte daher nicht die Ressourcen eigene Listen für die Wahlen auf die Beine zu stellen.

Ob das die richtige Strategie war, bleibt umstritten. Tatsache ist aber, dass es sich bei der JUSO um eine Jungpartei ohne professionelle Strukturen handelt, die nur auf Freiwilligenarbeit basiert. Daher kann der in Bern erreichte erste Ersatzplatz von Tamara Funicello und der Wahlerfolg von Meret Schindler, die auch JUSO-Mitglied ist, sicher als Erfolg gewertet werden.

Aufgrund zahlreicher personeller Wechsel und Umstrukturierungen hat sich die JUSO Kanton Bern bis im Sommer vor allem mit sich selbst beschäftigt. Neu gibt es neben dem Vorstand, der die regionale Vertretung sicherstellt, eine Geschäftsleitung, die sich aus erfahrenen JUSOs aus unterschiedlichen Sektionen zusammensetzt.

Die JUSO Kanton Bern erhofft sich so eine höhere Effizienz ohne die regionalen Vertretungen zu tangieren.

Der Systemwechsel scheint sich bewährt zu haben, denn die JUSO war in der zweiten Jahreshälfte in den Medien so präsent wie schon lange nicht mehr.

So haben wir den Rücktritt von Regierungsrat Hans-Jürg Käser (FDP) verlangt, als dieser das rassistische Wort „Negerbuebli“ benutzte, aber auch den rot-grünen Regierungsrat gelobt, als er sich gegen die geplanten Sparmassnahmen im Bereich der Prämienverbilligungen gestellt hat. Grundsätzlich haben wir unsere Arbeit im Grossen Rat intensiviert; nicht zuletzt, weil wir mit Meret Schindler nun eine JUSO-Vertretung im Rat haben.

In den Herbstmonaten waren wir in erster Linie mit der Thematik rund um das Asylwesen beschäftigt. Noch nie waren in der Geschichte so viele Menschen auf der Flucht wie im letzten Jahr. Und doch hält sich die Solidarität der Menschen in der Schweiz in engen Grenzen. Die SVP hat mit einer lang-

jährigen Angstpolitik eine Entsolidarisierung der Gesellschaft herbeigeführt, die gelinde gesagt, alarmierend ist.

Nebst unterschiedlichen Solidaritätsaktionen hat sich die JUSO Kanton Bern auch bei der JUSO Schweiz für ein Projekt rund um die Migrationsthematik stark gemacht. Leider sind wir an der entscheidenden Delegiertenversammlung in der letzten Abstimmung gescheitert, dennoch wird uns das Thema auch im nächsten Jahr beschäftigt. Mit der Gründung der AG Migration auf kantonaler Ebene ist ein erster Schritt getan worden.

Überschattet wurde das Jahr durch den sehr bedenklichen Einsatz der Kantonspolizei bei den sexistischen Miss Schweiz Wahlen. Eine Gruppe friedlicher DemonstrantInnen, unter ihnen auch JUSO-AktivistInnen, wurden massiv in ihrer Meinungsfreiheit beschnitten und unter Bedingungen, die eines Rechtsstaates nicht würdig sind, verhaftet und festgehalten.

Wir haben mit mehreren Aktionen versucht den politischen Druck auf die Behörden aufrecht zu erhalten sowie in diesem Zusammenhang mit einer Motion bereits eine Ombudsstelle gefordert. Wir werden – vor allem nach dem Bundesgerichtsentscheid von Anfangs dieses Jahr – die DNA-Thematik genau im Auge behalten. Dies wird uns sicher auch im nächsten Jahr beschäftigen, denn wir werden sicher nicht Ruhe geben.

„Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“

Tamara Funicello, Co-Präsidentin JUSO Kanton Bern

Sozialdemokratisches Forum

Politische Schwerpunkte im StudentInnenrat

Die Arbeitsgruppe Sexismus & Homophobie ist mit der Abteilung für Gleichstellung und der Abteilung Kommunikation der Uni Bern an der Ausarbeitung einer Sensibilisierungskampagne gegen Sexismus an der Universität beteiligt. Die Kampagne wird darauf abzielen, den Studierenden der Universität klar zu kommunizieren, dass die Grenze zu sexistischen Taten und Äusserungen dort liegt, wo sie sich betroffen fühlen, und dass sie solche Vorkommnisse nicht tolerieren müssen (nach dem Motto „da kann man doch darüber lachen...“). Daneben haben wir uns auch mit der Reform des Publi-

kationsorgans der SUB beschäftigt, um ein Format zu finden, welches Neuigkeiten aus der Hochschulpolitik und freie journalistische Arbeit vereinbaren kann, damit es auch gelesen wird. Das SF hat sich auch an der Erarbeitung des Positionspapiers zur Lehre an der Universität beteiligt. Dieses hält fest, welche für die Studierenden wichtige Punkte sind, damit Veranstaltungen interessant und wirklich lehrreich sind. Dieses Thema wurde dann auch an der Rede zum «Dies Academicus» aufgegriffen. Am Ende des Jahres kam es erneut zu einer Debatte über Frauen- und Geschlechterquoten in der SUB, wo sich das SF gegen deren Abschaffung eingesetzt hat. Wir sind der Überzeugung, dass Quoten kein Selbstzweck sind, aber dass die Mühe damit zeigt, dass die Gleichstellung eben noch nicht erreicht ist und man die Quote als Achtsamkeitsinstrument noch beibehalten sollte.

Anlässe

Das SF hat während des Jahres mehrere Anlässe durchgeführt. So haben wir uns etwa am Tag des Studienbeginns den neuen StudentInnen vorgestellt. Zudem gab es mehrere gemeinsame Abendessen, um neue, interessierte Personen willkommen zu heissen und gleichzeitig auch den Kontakt zwischen ehemaligen SF-Mitgliedern und aktuellen Mitglieder herzustellen.

Internes

Das Sozialdemokratische Forum hat im Jahr 2014 mehrere personelle Wechsel gehabt: In der Fraktion ist momentan nur noch eine Person, die tatsächlich im Frühling 2013 in den StudentInnenrat gewählt wurde, was hauptsächlich durch Studienabschlüsse zu erklären ist. Da Salome Trafelet seit Herbstsemester 2014 Präsidentin des StudentInnenrats ist, hat die Fraktion de facto eine Stimme weniger, da für die Präsidentin nur der Stichentscheid vorgesehen ist. Gleichzeitig bedeutet diese Rolle aber auch, dass wieder formelles Wissen aufgebaut wird. Nach einer Phase mit hoher Fluktuation hat sich nun die Zusammenarbeit zwischen den Fraktionsmitgliedern eingespielt.

Dies ist die provisorische Fassung und wurde nicht vom SF verabschiedet.

Salome Trafelet, CO-Fraktionssprecherin

Projekt SP 60 +

1. 60+ SP Schweiz

SP60+ vertritt die besonderen Bedürfnisse der Menschen, die mehr als sechzig Jahre alt sind. Sie beschränkt sich dabei nicht auf die Wahrnehmung ihrer altersspezifischen Interessen, sondern ist solidarisch mit jüngeren Generationen. SP60+ kämpft für die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung sowie die Achtung der Würde älterer Menschen in der Gesellschaft. Sie verfolgt diese Ziele gemäss ihrem Tätigkeitsprogramm. Aktuell verfügt die SP Schweiz über 1100 60+-Mitglieder.

Die SP 60+ Strukturen der SP Schweiz sind nach zwei Jahren gefestigt, der Vorstand sowie drei Arbeitsgruppen arbeiten inhaltlich aktiv auf der eidgenössischen Ebene mit (AG Sozialversicherungen und Sozialpolitik, AG Verkehr und Energie, AG Gesundheitspolitik). Von der SP Kanton Bern arbeiten Elsbeth Wandeler sowie Rolf Zimmermann im schweizerischen Vorstand 60+ mit; Marie-Luise Abegglen und Liselotte Lüscher vertreten die kantonale 60+-Kerngruppe.

2. 60+ SP Kanton Bern

Die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern beschloss nach der Gründung der 60+-Sektion auf der gesamtschweizerischen Ebene ein dreijähriges Projekt durchzuführen (2012-2014) mit dem Ziel, 60+-Strukturen auch im Kanton Bern zu implementieren.

Die dazu eingesetzte kantonale 60+-Kerngruppe stellte zu Handen der Geschäftsleitung Ende 2013 den Antrag, die Projektdauer um ein Jahr bis Ende 2015 zu verlängern. Dank dem Zusatzjahr könnten die regionalen Strukturen gestärkt und der Entscheid, auf welche Art und Weise 60+ in die kantonalen Strukturen eingebunden werden könnte, sorgfältig gefällt werden. Die Geschäftsleitung stimmte dem Antrag zu.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten stand (und steht) die Frage der Eigenständigkeit der 60+-Sektionen im Kanton inkl. der politischen Einflussnahme auf der kantonalen Ebene.

Folgende Personen arbeiteten 2014 in der kantonalen 60+-Kerngruppe mit: Marie-Louise Abegglen (Bönigen), Werner Baumberger (Schüpfen), Hanspe-

ter Berger (Unterseen), Liselotte Lüscher (Bern), Res Ryser (Langenthal), Beat Wegmüller (Muri-Gümligen).

Am 14. März 2014 fand der kantonale 60+-Anlass in Langenthal statt. Kurt Nuspliger, ehem. Staatsschreiber Kanton Bern referierte über „Kanton Bern – alte Geschichten und neue Herausforderungen“. Über 70 Personen nahmen an der Veranstaltung teil.

Aktuell sind knapp 300 Personen bei der SP Schweiz als 60+-Mitglieder aus dem Kanton Bern registriert. Der Beitritt zu 60+ erfolgt nicht via Kantone sondern via SP Schweiz und ist für SP-Mitglieder unentgeltlich.

(<http://www.sp-ps.ch/de/partei/sozialdemokratische-bewegung/sp-60/beitrittsformular-sp60>).

3. Stand der Arbeiten Ende 2014

60+ Biel/Bienne-Seeland

Die regionale Arbeitsgruppe organisierte eine zweisprachige 60+-Veranstaltung im Juni 2014 in Biel zum Thema „Zivilcourage im Alltag“ mit Giorgio Andreoli (Sozialarbeiter und ausgewiesener Fachmann in der Gewaltprävention). Leider musste die Veranstaltung mangels Anmeldungen abgesagt werden. Die Arbeitsgruppe beschloss eine Denkpause einzulegen und will im Frühjahr 2015 erneut einen neuen Anlauf in der Region nehmen.

Verein 60+-Oberaargau

Im Oberaargau treffen sich seit bald zwölf Jahren ältere GenossInnen periodisch zu Veranstaltungen und Aktivitäten. 2010 wurde der Verein 60+ als Teil der SP Oberaargau gegründet. Der Verein hat sich bereit erklärt, auch 60+-Mitglieder der SP Schweiz auf dem Gebiet des Regionalverbandes Emmental sowie Oberaargau zu ihren Aktivitäten einzuladen.

2014 wurden vier Anlässe durchgeführt; neben Informationen zu den kantonalen Wahlen sowie zu Abstimmungsvorlagen (u.a. zur öffentlichen Krankenkasse mit Hans Stöckli) wurde über das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht orientiert und diskutiert.

60+ Bern-Agglomeration

In der Region Bern fanden 2014 zwei Anlässe statt: Eine Georg Büchner-Lesung im Mai sowie eine Veranstaltung über das neue Erwachsenenschutz-

recht mit Schwerpunkt Patientenverfügung und Vollmachten. Jeweils 20-30 Personen nahmen an den Veranstaltungen teil.

60+ Oberland-Thun

Das Oberland verfügt über eine sehr aktive 60+-Gruppe, die 2014 vier Veranstaltungen durchgeführt hat: Veranstaltung mit RR Philippe Perrenoud zur Spitalversorgung im Kanton Bern, Besuch bei einer Fischaufzuchtanlage in Wilderswil sowie in einem Biobauerbetrieb in Gimmelwald und eine öffentliche Veranstaltung in Interlaken zum Thema „Sichtweisen zu würdigem Sterben“. An der letzten 60+-Veranstaltung nahmen über 120 Personen (!) teil.

60+ Berner Jura

Leider gelang es im Berner Jura bis anhin nicht, Personen für die Idee 60+ Jura bernois zu begeistern. Dies muss 2015 erneut versucht und interessierte Personen für die Organisation vor Ort gefunden werden. Auch eine Einbindung in die Neuenburger- oder Jurassische-60+-Strukturen wäre eine mögliche Lösung.

4. Ausblick 2015

Der Entscheid zur Einbindung der 60+-regionalen Gruppen in die SP Kanton Bern muss im Frühjahr gefällt werden, damit mögliche Statutenänderungen aufgegleist werden können.

2015 wird erneut ein kantonaler Anlass in Spiez durchgeführt (voraussichtlich am 3.6.2015), mitorganisiert von der regionalen Gruppe SP 60+ Oberland-Thun.

Die regionalen 60+-Arbeitsgruppen planen fürs 2015 kantonsweit zwischen 2-4 Veranstaltungen mit breitem inhaltlichem Angebot: Ausländer- und Migrationspolitik, Erbschaftssteuer, Sicherheit im Alter, Besuch bei einem Imker etc.

Angelika Neuhaus, Parteisekretärin

Regionalverbände

Das Treffen der Vorstände der Regionalverbände mit der Parteileitung fand am 18.6.2014 in Bern statt. Im Zentrum standen der Rückblick auf die kantonalen Wahlen 2014 sowie der Ausblick auf die nationalen Wahlen 2015.

Roland Näf hat den Wahlgang vom 30.3.2014 pro Wahlkreis analysiert und stellte seine Schlussfolgerungen vor: Leider konnte die SP trotz grossem logistischem Aufwand und unermüdlichen Hinweisen auf die Verantwortlichen der rücksichtslosen Sparpolitik, zu wenig mit Inhalten punkten. Die SP wird offenbar weniger durch Themen als über Personen wahrgenommen: Der lokale Bekanntheitsgrad stellt einen wichtigen Faktor für das Wahlverhalten dar.

David Stampfli stellte die wichtigsten Eckpfeiler der Wahlkampagne 2015 vor: Die besten und bekanntesten Köpfe müssen nominiert werden, begleitet von einem solidarischen Wahlkampf und auf mehreren SP-Listen.

Nach den kantonalen Wahlen 2014 gab es in fünf von sieben Regionalverbänden Wechsel im Präsidium/Vorstand, so dass die SP mit neuen Kräften in die eidgenössischen Wahlen steigt.

Aus Sicht der SP Kanton Bern funktionieren die Regionalverbände verschieden: Neben professionellen Strukturen (RV Bern-Mittelland) gibt es auch Regionalverbände, die ihre Aktivitäten stark zurückfahren (RV Thun). Sie engagieren sich vor allem bei Wahlen – aus kantonomer Sicht unbestritten die Kernaufgabe der Regionalverbände. Die Kantonalpartei begleitet diese Entwicklung sehr aufmerksam. Mittelfristig gilt es eine Regelung zu finden, die den Möglichkeiten der einzelnen Regionalverbände gerecht wird. Dies geht nur in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen und muss individuell angegangen werden.

Die SP Kanton Bern dankt den Präsidien und Vorständen der Regionalverbände für ihr Engagement 2014. Die kantonalen Wahlen konnten nur dank der grossen lokalen Unterstützung in den einzelnen Wahlkreisen erfolgreich durchgeführt werden.

Angelika Neuhaus, Parteisekretärin

Sektionen

1. Allgemeine Bemerkungen

Die SP Kanton Bern verfügt aktuell über 146 Sektionen. Leider gab es auch 2014 drei Sektionsauflösungen sowie zwei Sektionsfusionen – dies wird voraussichtlich auch im nächsten Jahr so weitergehen.

Die Überalterung der Sektionen, die immer kleiner werdende Bereitschaft, sich aktiv in einer politischen Partei zu engagieren, die steigende berufliche Auslastung mit Weiterbildungen oder Auslandsaufenthalten, der hohe Stellenwert der Familienarbeit sowie das breite Freizeitangebot erschweren die notwendige Erneuerung an der Basis. Denn eine aktive Mitarbeit in einer SP-Sektion bedeutet, die heute so wertvolle persönliche Freizeit für die politische Basisarbeit einzusetzen und Abstriche bei den eigenen Hobbys, Familie und Freundeskreis in Kauf zu nehmen. Ein Preis, den immer weniger Leute bereit sind zu zahlen.

Nichtsdestotrotz wurde 2014 auch eine neue SP-Sektion gegründet, die **SP Sigriswil**. Eine Handvoll hoch motivierter SP-Mitglieder hat die notwendigen Arbeiten auf sich genommen und eine schlagkräftige Sektion gegründet, die an den Gemeindeversammlungen bereits Präsenz markiert hat. Und dies in einer nicht gerade „linken“ Polit-Gegend.

Dass unsere Partei von einzelnen Mitgliedern abhängig ist, von ihrem Idealismus und Höchsteinsatz ist uns allen bekannt. Die Sektionen sind das Rückgrat der Partei, unsere Mitglieder der Pool für kommunale Ämter. Deshalb ist es unerlässlich, dass wir Nachwuchs rekrutieren und interessierte Leute aktiv ansprechen. Dies kann und muss in den Sektionen geschehen – mit aktiver Unterstützung der Kantonalpartei sowie der SP Schweiz (siehe auch das neu lancierte Agglomerationsprojekt).

Im Jahr 2014 gab es in über 20 Gemeinden **Wahlen mit SP-Beteiligung**. Grundsätzlich konnte die SP in den Exekutiven grossmehrheitlich ihre Sitze halten, obwohl es auch zu schmerzhaften Abwahlen kam. In Kirchlindach hat die SP zwei (!) Gemeinderatssitze gewonnen, dies dank einem erneuten Antritt bei den kommunalen Wahlen. Dies beweist eindrücklich: Die SP MUSS bei Wahlen antreten, dann wird sie auch gewählt.

2. Neues Angebot für Sektionen und Mitglieder

Das Präsidium sowie das SP-Sekretariat werden immer wieder von Sektionen oder Mitgliedern angefragt, bei internen Konflikten zu vermitteln. Nun hat die Partei- und Organisationsentwicklungskommission (POK) ein neues Instrument entwickelt, das den Mitgliedern, Sektionen, MandatärInnen und Gremien eine professionelle Unterstützung bei parteiinternen Konflikten durch Einsatz von Fachpersonen anbietet.

Die SP Kanton Bern ist überzeugt, dass ein konstruktiver Umgang mit Konflikten nicht nur das Klima und die Effizienz der Zusammenarbeit verbessert, sondern auch persönlichen Gewinn und mehr Zufriedenheit bringt.

3. Veranstaltungen SP Kanton Bern für Sektionen und Mitglieder

Die **Vorständekonferenzen** fanden 2014 wie folgt statt:

- Sektionen der Regionalverbände Emmental und Oberaargau am 12.8. in Burgdorf
- Sektionen der Regionalverbände Oberland und Thun am 13.8. in Spiez
- Sektionen des Regionalverbandes Bern-Mittelland am 18.8. in Bern
- Sektionen des Regionalverbandes Biel.Bienne-Seeland am 20.8. in Lyss

Schwerpunktthemen der Vorständekonferenzen: Rückblick Wahlen 2014 aus Sicht der Kantonalpartei – Fazit sowie Einschätzungen der SektionsvertreterInnen / Beitrag der SP Frauen: Demographische Entwicklung – DIE Herausforderung für die nächsten Jahre / Wahlen 2015:

Ausgangslage, Zusammenarbeit mit der SP Schweiz, spezifische kantonale Aufgaben, Aufgaben der RV sowie Sektionen / Dienstleistungen sowie Bildungsveranstaltungen der Kantonalpartei / Wünsche sowie Bedürfnisse der Sektionen.

Der **Dankes Anlass** der Kantonalpartei für Vorstandsmitglieder der Sektionen fand am 17.1.2014 im alpinen Museum statt, mit einer stündigen Führung

durch die Ausstellung «Helvetia Club» sowie anschliessendem Apéro. Am Dankes Anlass nahmen über 60 SP-Vorstandsmitglieder teil.

Das **Treffen mit den kommunalen SP-Exekutivmitgliedern** fand am 24.6.2014 im Hotel Bern statt. Im Mittelpunkt stand das Referat vom Lukas Bühlmann zum Thema Raumplanung: Bausteine für eine nachhaltige Innenentwicklung und Verdichtung – die Umsetzung des RPG im Kanton Bern. Knapp 20 Personen nahmen am Anlass teil und nutzten die Gelegenheit, sich mit dem SP-Präsidium aber auch untereinander auszutauschen.

Der **Neumitgliedertreff** wurde am 29.8.2014 im Rathaus durchgeführt. Über 40 Personen nahmen an der einstündigen Führung des langjährigen Staatschreibers Kurt Nuspliger teil, besichtigten das „Innenleben“ des politischen Zentrums im Kanton Bern und suchten bei einem Apéro in der Eingangshalle das Gespräch mit den SP-MandatärInnen (Regierungsmitgliedern, NationalrätInnen, GrossrätInnen).

Alle zwei Jahre findet ein **Dankes Anlass mit SP-JustizmandatärInnen** statt. Im September war es wieder so weit, die JustizmandatärInnen trafen sich am 18.9.2014 im grossen Kinosaal des Lichtspiels, wo sie zwei Kurzfilmblocke zu spektakulären Gerichtsfällen gemeinsam anschauten und anschliessend bei einem Apéro diskutierten.

Angelika Neuhaus, Parteisekretärin

Projekt Agglomerationen

1. Projekt der SP Schweiz

SP Schweiz will mit konkreten Handlungsoptionen die SP-Sektionen in den Agglomerationen stärken. Ein gesamtschweizerisches Projekt mit 20 Sektionen ist geplant. Die SP Schweiz will mit der Unterstützung der Kantonalparteien folgende Ziele in ausgewählten Agglosektionen erreichen: Die aktive Parteiarbeit stärken, die Präsenz vor Ort erhöhen, die Mitgliederbetreuung professionalisieren, das Personalmanagement angehen, die Volksrechte in der Gemeinde nützen, die Kommunikation nach innen und aussen verbes-

bern, die kantonalen und nationalen Kampagnen aktiv umsetzen, das Gemeindeleben mitgestalten.

Die SP Schweiz will den Sektionen einen Frageraster zur Verfügung stellen, mittels welchem die Situation der Sektion und der jeweiligen Gemeinde analysiert und auf deren Grundlage die individuellen Massnahmen definiert werden können. Diese werden mit der Unterstützung der SP Schweiz und SP Kanton Bern 2015 umgesetzt; die Evaluation des Gesamtprojektes erfolgt 2016.

2. Umsetzung SP Kanton Bern

Die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern hat der Projektteilnahme zugestimmt. Somit konnten im Herbst 2014 über zehn Sektionen angegangen und für eine Teilnahme angefragt werden. Die SP Kanton Bern wird das Projekt 2015 gemeinsam mit der SP Schweiz umsetzen und die Sektionen in ihrer Arbeit begleiten.

Folgende Sektionen machen beim Agglomerationsprojekt mit: SP Belp, SP Ittigen, SP Kehrsatz, SP Port, SP Steffisburg sowie SP Langenthal.

Optimalerweise können die Erkenntnisse sowie die Umsetzungsinstrumente nach Projektabschluss im Kanton Bern breit implementiert werden.

Angelika Neuhaus, Parteisekretärin

Fachausschuss Bildung

Der Fachausschuss Bildung umfasst rund 50 Mitglieder, von denen pro Sitzung zwischen 10 und 15 Personen teilnehmen. Es sind vor allem bildungsinteressierte Parteimitglieder, Personen aus der Verwaltung, der Schule und kommunalen Schulbehörden, welche in unterschiedlicher Zusammensetzung an den Fachausschuss-Sitzungen teilnehmen.

Durch die stetig wechselnde Zusammensetzung fehlt den Sitzungen inhaltlich eine gewisse Konstanz. Dies erschwert es, eine bestimmte bildungspolitische Position einzunehmen. Trotzdem wurde 2014 versucht, im Fachausschuss Bildung grundlegende Positionen zu erarbeiten. So wurde geprüft, ob die SP Kanton Bern eine Volksinitiative zur Bildung lancieren soll. Der Vorschlag lautete, eine Volksinitiative mit folgendem Wortlaut zu lancieren: «Re-

gierung und Grosser Rat sorgen für eine hohe Qualität in allen Bildungsreichen und in der Forschung. Sie verhindern den Abbau des Bildungsangebots».

Nach eingehender Diskussion wurde jedoch darauf verzichtet, da der Zeitpunkt vor den Grossratswahlen als ungünstig und der Inhalt zu wenig griffig beurteilt wurde. Es bleibt aber nach wie vor der Wunsch, dass sich die SP als wegweisende bildungspolitische Kraft im Kanton Bern positioniert.

Nach Beginn der neuen Legislatur muss der Fachausschuss aufgrund der neu geschaffenen Fachkommissionen im Grossen Rat grundsätzlich seine Arbeitsweise und seine inhaltliche Ausrichtung überprüfen. Die Koppelung der Sitzungen an die Sessionen macht im Zusammenhang mit der neuen Bildungskommission keinen Sinn mehr. Andererseits ist es aus Sicht des Fachausschusses Bildung wichtig, dass die SP nach wie vor die Bildungspolitik als wichtigen politischen Schwerpunkt beibehält. Es geht also um die Frage, wo und wie die bildungspolitischen Positionen der SP Kanton Bern erarbeitet werden. Der Fachausschuss könnte sich dieser Aufgabe annehmen. Der Austausch unter den in Schulbehörden aktiven SP-Mitgliedern sowie die Koordination der SP-Mitglieder, welche in der Bildungsverwaltung tätig sind, können weitere Aufgaben des Fachausschusses Bildung sein.

Irene Hänsenberger, Co-Präsidentin

AG SPowers

Wir haben 2014 neue MitdenkerInnen bei SPowers gewonnen, haben jedoch für das Jahr 2014 keine grösseren Aktivitäten zu vermelden. Es blieb vorwiegend bei Vorbereitungsarbeiten für Ratsgeschäfte. Bei Tagesgeschäften zeigt sich die Struktur-Problematik: Die Politik muss kurzfristiges auf aktuelle Ereignisse reagieren; SPowers verfolgt eher langfristige Projekte. Die nötige Grundlagenarbeit jedoch benötigt Zeit.

Eine Veranstaltung zur „Mühleberg Abstimmung“ in Biel konnte aus Termingründen der Referenten nicht durchgeführt werden.

Motion 274-2013: In der Märzsession 2014 wurde eine im Vorjahr eingereichte Motion mit Motionären der Grünen, der EVP und der SP überraschend deutlich angenommen. Die Motion verlangt ein Fracking-Verbot auf dem Kantonsgebiet.

Motion134-2014: Im Juni ist unter Zusammenarbeit innerhalb SPowers eine weitere Motion entstanden: „Systematische Kontrolle von radioaktiven Abfällen im Kanton Bern: Ihre Entdeckung darf nicht dem Zufall überlassen bleiben“. Diese Motion wurde nach den Radiumfunden in Biel eingereicht. In der Januarsession 2015 wurde sie überwiesen.

Motion 116-2014: Weiter erarbeitete SPowers eine Motion zu der Verweigerung der BKW, sich an einem Radioaktivitätsmessnetzwerk unterhalb dem AKW Mühleberg zu beteiligen. Zwar befand der Regierungsrat: „Der Regierungsrat teilt die Ansicht des Motionärs, dass die Sicherheit, deren Messbarkeit und Überwachung im Zusammenhang mit Atomkraftwerken zentral sind. Bei allen strategischen und betrieblichen Entscheiden muss der Sicherheit zwingend oberste Priorität eingeräumt werden.“ Der Regierungsrat und auch der Grosse Rat verzichteten jedoch darauf, auf die BKW einzuwirken.

Motion 265-2014: Im Rahmen von SPowers ist gegen Ende 2014 eine Motion entstanden, die sowohl energie- als auch regionalpolitischen Inhalt hat: „Energierregionen nach dem Beispiel der Energieregion Emmental“. Es ist gelungen, als Mitmotionäre auch Grossräte aus anderen Parteien zu gewinnen, insbesondere einen Grossrat der BDP. Die Chancen einer Überweisung sind damit wesentlich grösser als „normal“.

Insgesamt war 2014 für linksgrün energiepolitisch ein recht erfolgreiches Jahr, wenn man auf die Vorstösse im Grossen Rat abstellt. Und von der verlorenen Mühlebergabstimmung absieht.

Andreas Hofmann, Grossrat

Jürg Joss, Gemeinderat Bätterkinden

Bildungsveranstaltungen

Die SP Kanton Bern beschloss 2014 nur noch Bildungsveranstaltungen für die Stärkung der Sektionen und ihrer Aufgabenbereiche anzubieten. Die Gründe dafür waren die vielen Absagen mangels Anmeldungen im Jahr 2013 sowie die neuen Bildungsangebote der SP Schweiz, die sich mit Abstimmungsvorlagen sowie politischen Sachgebieten wie z.B. Finanzen beschäftigen.

Durch die SP BE wurden 2014 drei Bildungsveranstaltungen angeboten, davon wurden zwei durchgeführt:

- Gemeindewahlen – Wie gewinnen wir?
- Benützung Sektionsportal – eine Aufgabe mit Pfiff

Abgesagt wurde mangels InteressentInnen die Veranstaltung „Ich kandidiere in meiner Gemeinde – und will gewählt werden“.

Gesamthaft nahmen 15 Personen an den beiden Veranstaltungen teil – vor allem das Angebot „Sektionsportal“ stiess auf grosses Interesse und wird auch 2015 sicher angeboten werden.

Angelika Neuhaus, Parteisekretärin

Parteisekretariat

Die Arbeit des Parteisekretariats umfasste 2014 folgende vier Schwerpunkte: Die kantonalen Wahlen vom 30. März, der SP-Auftritt an der BEA im Mai, die Kampagne zur Öffentlichen Krankenkasse im Sommer und die Vorbereitung der National- und Ständeratswahlen 2015.

Diese grossen Projekte, neben den üblichen Sekretariatsarbeiten, machten 2014 zu einem intensiven Jahr für das Sekretariatsteam. Zudem gab es mit dem Wechsel von Daniel Furter zu David Stampfli eine neue Leitung des Sekretariats.

Danke Daniel

Nach fast sieben Jahren als Parteisekretär, davon über ein Jahr als Geschäftsführer, entschloss sich Daniel eine neue Herausforderung anzunehmen. Direkt nach den kantonalen Wahlen übergab er die Sekretariatsleitung an seinen Nachfolger und übernahm eine neue Stelle. Daniel prägte die SP Kanton Bern mit grossem Engagement. Er führte etliche Wahlkampagnen, sorgte für gesunde Parteifinanzen, eine transparente Kommunikation und kämpfte unerschrocken für seine Überzeugungen. Herzlichen Dank für das riesige Engagement und alles Gute für die Zukunft.

Danke Angelika

Angelika war im Sekretariat eine Institution. Niemand kannte die Abläufe, die Gremien und einen Grossteil der Mitglieder so gut wie sie. Nun entschied sie sich nach fünfzehn Jahren als Parteisekretärin, davon zwölf als Geschäftsführerin, Ende Jahr in den verdienten Ruhestand zu gehen. In ihrer Schaffenszeit gelang es der SP Kanton Bern dreimal in Folge eine rotgrüne Regierungsmehr zu erlangen und zum ersten Mal einen Ständeratssitz zu erobern. Angelika setzte sich immer mit grösster Überzeugung für das Wohl der Partei ein. Herzlichen Dank für das riesige Engagement und alles Gute für die Zukunft.

Danke Oliver

Seit November 2012 war Oliver Lüthi zuständig für die Kampagnen der SP Kanton Bern. Mit viel Freude und Akribie plante er die verschiedenen Abstimmungs- und Wahlkämpfe. Insbesondere bei den Grossratswahlen 2014 leistete er sehr grosse Arbeit. Umso grösser war dann die Enttäuschung, dass das Resultat nicht wie erwünscht ausgefallen war. Im Herbst 2014 entschied sich Oliver etwas überraschend auf Anfang 2015 eine neue Stelle anzutreten. Herzlichen Dank für die unermüdliche Mitarbeit und alles Gute für die Zukunft.

Danke Johanna

Ab 1. Oktober 2013 bis Ende März 2014 unterstützte Johanna Künzler als Praktikantin das SP-Sekretariatsteam. Sie engagiert sich stark bei den beiden Kampagnen für die Regierungsrats- und die Grossratswahlen. Sie war eine

wichtige Stütze im ganzen SP-Wahlkampf. Herzlich Dank für die wertvolle Mitarbeit.

Danke Michael

Michael Lehmann wurde im Rahmen der Kampagne «Für eine öffentliche Krankenkasse» von der SP Schweiz angestellt, arbeitete aber bei uns im Sekretariat. Unermüdlich motivierte er die Sektionen und Mitglieder für die Abstimmungskampagne. Ab 2015 arbeitet er nun definitiv für die SP Schweiz in deren Sekretariat. Herzlichen Dank für den kurzen, aber tollen Einsatz!

Kantonale Wahlen 2014

Die Regierungs- und Grossratswahlen vom 30. März 2014 endeten durchgezogen. Zwar gewannen wir zum dritten Mal in Folge zusammen mit den Grünen wieder die Mehrheit in der Regierung. Leider verloren wir aber im Grossen Rat zwei Sitze. Nach den vielen aufwändigen Vorbereitungsarbeiten war ein solches Resultat natürlich auch für das Sekretariatsteam ziemlich ernüchternd.

SP-Auftritt an der BEA im Mai

Die BEA-Präsenz der SP ist nicht mehr wegzudenken. Der Standort beim Haupteingang ist ideal, das Zwirbelrad und die Ballone waren ein Publikumsmagnet. Inhaltlich warben wir für die Abstimmungsvorlagen vom 18. Mai, insbesondere für den «Mindestlohn» und gegen den «Gripen».

Kampagne «Für eine öffentliche Krankenkasse»

Die zweite Kampagne für eine gerechtere Krankenkassenlösung innerhalb von 10 Jahren sollte endlich einen Erfolg bringen. Entsprechend gross war das Engagement der SP Schweiz, aber auch in den Kantonalparteien und Sektionen. Mit Michael Lehmann arbeitete zudem während drei Monaten ein Campaigner bei uns im Sekretariat, der Mitglieder zu Höchstleistungen im Abstimmungskampf antrieb. Leider reichte es nur zu einem Achtungserfolg an der Urne.

Vorbereitung der National- und Ständeratswahlen 2015

Ab Sommer 2014 begannen die Vorbereitungsarbeiten für die nationalen Wahlen 2015. Im Gegensatz zu den kantonalen Wahlen wird zwar eher viel von der SP Schweiz organisiert. Dennoch gibt es auch auf kantonaler Ebene

viel zu tun. Bis Ende Jahr war zumindest geklärt, dass wir wieder mit Hans Stöckli zu den Ständeratswahlen antreten werden und zum ersten Mal mit vier Listen (inklusive einer frankophonen Liste) in die Nationalratswahlen steigen wollen.

Sekretariatsteam 2014

Daniel Furter

Geschäftsführender Parteisekretär (75%)
Dez. 2007 – März 2014

Leitung des Sekretariates, Konzept- und Planungsarbeit, Betreuung der Gremien, politischer Sekretär, Begleitung der Grossratsfraktion, Kommunikation, Finanzen, Kampagne Regierungsratswahlen

David Stampfli

Geschäftsführender Parteisekretär (80%)
seit April 2014

Leitung des Sekretariates, Konzept- und Planungsarbeit, Betreuung der Gremien, politischer Sekretär, Begleitung der Grossratsfraktion, Kommunikation, Finanzen, Kampagne National- und Ständeratswahlen

Angelika Neuhaus

Parteisekretärin (80%)
Jan. 2000 – Dez. 2014

Betreuung Parteigremien, Mitarbeit bei den SP-Frauen, Vernetzung der verschiedenen AkteurInnen im politischen Umfeld, Betreuung Sektionen und Regionalverbände, Bildungsveranstaltungen, Projekt SP 60+

Oliver Lüthi

Kampagnenverantwortlicher (75%)
Nov. 2012 – Dez. 2014

Kampagnen für Wahlen und Abstimmungen, Publikationen (inkl. links.be und Website), Mitgliederwerbung, Kampagne Grossratswahlen

Rosa Treu

Buchhalterin (40%)
seit Nov. 2013

Buchhaltung SP Kanton Bern, SP Region Bern-Mittelland, SP Stadt Bern und SP Frauen Kanton Bern, Mittelbeschaffung, Infrastruktur

<p>Sonja Walther Administration (75%) seit Aug. 2008</p>	<p>Empfang und Auskunft, administrative Betreuung der Grossratsfraktion, Organisation der Parteitage, Ausschuss RichterInnenwahlen, Assistenz Parteisekretärin und Parteisekretär, Aktualisierung Website, Adress- und Mitgliederverwaltung, Mutationen</p>
<p>Michael Sutter Parteisekretär SP Stadt Bern und Bern-Mittelland seit Okt. 2012</p>	<p>Verantwortlich für Stadtpartei und Regionalverband (Bürogemeinschaft mit SP Kanton Bern)</p>
<p>Puntorije Shaipi Reinigung seit Dez. 2013</p>	<p>Reinigung SP-Sekretariat</p>
<p>Johanna Künzler Praktikantin (50%) Okt. 2013 – März 2014</p>	<p>Assistenz bei den Regierungsrats- und Grossratswahlkampagnen</p>
<p>Michael Lehmann Praktikant (50%) Juli. 2014 – Sept. 2014</p>	<p>Kampagne «Für eine öffentliche Krankenkasse»</p>

DANKE

Das Leitungsteam des SP-Sekretariates dankt allen Mitarbeitenden für ihren grossen Einsatz für unsere Partei, für das Übersicht behalten in stürmischen Zeiten und die stets zuvorkommende Zusammenarbeit mit den Gremien, MandatärInnen und Parteimitgliedern.

Ebenfalls danke ich im Namen des Sekretariatsteams allen Ehrenamtlichen und Freiwilligen, welche in den Gemeinden, auf regionaler Ebene oder in der kantonalen Geschäftsleitung und den verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen unzählige Stunden ihrer Freizeit für die Parteiarbeit einsetzen. Ein Dank auch an alle Regierungsmitglieder, Grossratsmitglieder, die Bun-

desrätin, unsere Nationalratsmitglieder, unseren Ständerat und die zahlreichen weiteren MandatsträgerInnen unserer Partei für Ihren Einsatz für eine soziale, gleichberechtigte und ökologische Politik.

David Stampfli, geschäftsführender Parteisekretär

Gleichstellungsmonitoring

In vier internen Parteiorganen und einem politischen Gremium wurden die parteiinternen Zielvorgaben zur Gleichstellung verfehlt. In diesen Gremien war jeweils eines der Geschlechter mit weniger als 40%, oder, bei Organen mit zwei bis vier Personen, gar nicht vertreten. In drei Fällen betraf dies die Frauen, in zwei Fällen die Männer. Aus gleichstellungspolitischer Sicht ist insbesondere das Resultat bei den Grossratswahlen 2014 erfreulich: Neu sind 48% der Gewählten der SP Frauen und 52% Männer (2010: 38% und 62%).

Die SP Kanton Bern fordert in ihrem aktuellen Parteiprogramm die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann. Sie will Chancengleichheit für Frauen und Männer in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft, kurz: Ein ausgewogenes Verhältnis beider Geschlechter in allen Bereichen und auf allen Ebenen. Dies gilt natürlich auch für die SP selbst. Daher hat die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern 2013 entschieden, jährlich die Geschlechteranteile in ausgewählten Parteiorganen und in politischen Ämtern zu erheben.

Die Zahlen sollen den Handlungsbedarf aufzeigen und die Verantwortlichen auf den verschiedenen Ebenen sensibilisieren und dazu anregen, Massnahmen für eine ausgeglichene Vertretung der Geschlechter zu treffen.

Parteiorgane

Insgesamt waren die Männer in sieben und die Frauen in sechs Organen besser vertreten (2013: Männer elf und Frauen drei Organe). In drei Fällen war das Verhältnis je 50% (2013: zwei Fälle). Die Zielvorgaben wurden in vier Organen nicht erreicht (2013: drei Organe). Das Leitungsgremium der SP Frauen wurde aus dieser Analyse ausgenommen, da Männer bei den SP Frauen nicht Mitglied sein können.

Die Frauen machen in zwei Parteiorganen weniger als 40% aus. Es sind die gleichen Organe, bei welchen sie bereits 2013 klar untervertreten waren: So sind nur gerade 20% der PräsidentInnen der Regionalverbände und 32% der SektionspräsidentInnen Frauen (2013: 30% und 33%). Um die internen Zielvorgaben zu erreichen, müssten bei kommenden Vakanzen in den Regionalverbänden zwei zusätzliche Präsidentinnen ernannt werden. Bei den Sektionen bräuchte es 14 zusätzliche Präsidentinnen bei gleichbleibender Anzahl Sektionen. Hier wäre es wichtig, dass sowohl die Sektionen wie auch die leitenden Organe der Kantonalpartei genauer hinschauen, um herauszufinden, welche Gründe zu dieser Untervertretung führen und welche Massnahmen für eine bessere Vertretung der Frauen getroffen werden könnten.

Neu sinkt auch der Männeranteil in zwei Organen unter die Marke von 40%: In der Geschäftsleitung sind sie mit 38% und in der Personal- und Organisationsentwicklungskommission mit 29% vertreten (2013: 56% und 40%). Um die internen Zielvorgaben erneut zu erreichen, müssten in beiden Organen bei kommenden Vakanzen je ein zusätzlicher Mann ernannt werden.

Politische Ämter

Insgesamt waren die Männer in sieben, die Frauen in einem Organ besser vertreten (2013: Männer acht und Frauen ein Organ). In zwei Fälle war das Verhältnis je 50% (2013: ein Fall). Die Zielvorgaben wurden in einem Gremium nicht erreicht (2013: drei Gremien).

Bei den Grossratswahlen wie auch bei den Gemeinde-Exekutivmitgliedern konnten die Frauen der SP 2014 ihren Anteil jeweils leicht verbessern (Grossratswahlen, im Vergleich zu 2013: Frauen +3, Männer - 4, Gemeinde-Exekutiven: Frauen + 2, Männer - 17). So sind die Frauen neu mit 48% (Grossrat, im Vergleich zu 2013: + 10%) und 41% (Gemeinde-Exekutiven: + 4%) vertreten. Damit werden die internen Zielvorgaben neu erreicht, bei den Gemeinde-Exekutiven jedoch nur sehr knapp. Dieser Entwicklung sollte weiterhin Aufmerksamkeit geschenkt werden, da Mandate in den Gemeinde-Exekutiven oft auch Sprungbretter für kantonale und nationale Ämter darstellen und somit eine Nachwuchsförderungsfunktion erfüllen.

Geschlechteranteile SP Kanton Bern

	2014					2013				
	Frauen Anzahl	Frau- en%	Männer Anzahl	Männer %	Total	Frauen Anzahl	Frau- en%	Männer Anzahl	Männer %	Total
Parteiorgane										
Parteipräsidium Total	2	67%	1	33%	3	1	33%	2	66%	3
<i>ParteipräsidentIn</i>	1	100%	0	0%	1	0	0%	1	100%	1
<i>ParteivizepräsidentInnen</i>	1	50%	1	50%	2	1	50%	1	50%	2
Parteileitung	2	50%	2	50%	4	1	25%	3	75%	4
Geschäftsleitung	10	63%	6	38%	16	7	44%	9	56%	16
Geschäftsprüfungskommission	2	40%	3	60%	5	2	40%	3	60%	5
Finanzdelegation	1	33%	2	67%	3	1	33%	2	67%	3
Personal- und Organisationsentwicklungskommission	5	71%	2	29%	7	3	60%	2	40%	5
Wahl- und Abstimmungskommission	4	40%	6	60%	10	1	11%	8	89%	9
ParteisekretärIn Total	1	50%	1	50%	2	1	50%	1	50%	2
<i>Geschäfts. ParteisekretärIn</i>	0	0%	1	100%	1	0	0%	1	100%	1
<i>ParteisekretärIn</i>	1	100%	0	0%	1	1	100%	0	0%	1
MitarbeiterInnen Sekretariat	3	60%	2	40%	5	3	60%	2	40%	5
Leitungsgremium Frauen*	6	100%	0	0%	6	6	100%	0	0%	6
PräsidentInnen Regionalverbände	2	20%	8	80%	10	3	30%	7	70%	10
PräsidentInnen Sektionen	53	32%	114	68%	167	53	33%	108	67%	161
Mitglieder SP Kanton Bern	2683	41%	3927	59%	6610	2742	40%	4046	60%	6788

Politische Ämter

GrossrätInnen	16	48%	17	52%	33	13	38%	21	62%	34
Fraktionspräsidium Grossrat Total	1	33%	2	67%	3	0	0%	2	100%	2
FraktionspräsidentIn Grossrat	0	0%	1	100%	1	0	0%	1	100%	1
Fraktionsvize- präsidentInnen	1	50%	1	50%	2	0	0%	1	100%	1
RegierungsrätInnen**	1	33%	2	67%	3	1	33%	2	67%	3
RegierungsstatthalterInnen***	0	0%	4	100%	4	0	0%	4	100%	4
Gemeinde- Exekutivmitglieder****	73	41%	103	59%	176	71	37%	120	63%	191
NationalrätInnen	3	50%	3	50%	6	3	50%	3	50%	6
StänderätIn	0	0%	1	100%	1	0	0%	1	100%	1
BundesrätIn	1	100%	0	0%	1	1	100%	0	0%	1

Stichtag 31.12.14

* Bei den SP Frauen können nur Frauen Mitglied werden

** Total 7 RegierungsrätInnen

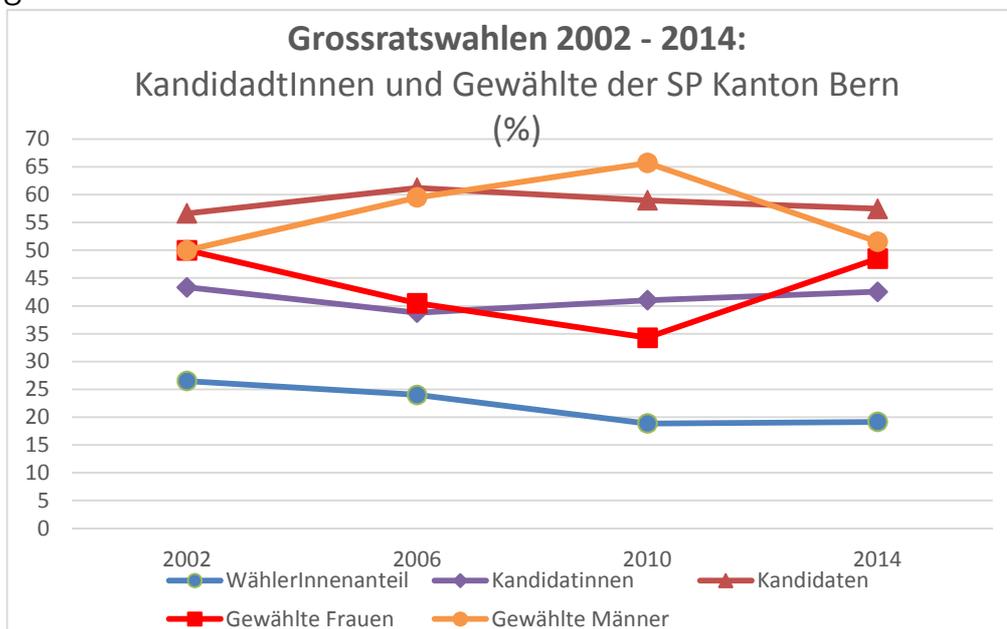
*** Total 10 RegierungstatthalterInnen

**** soweit bekannt, z.T. Parteilose

Dez. 2014, sw

Grossratswahlen 2014

Bei leicht steigendem WählerInnenanteil (+ 0,28%), jedoch bei sinkender Mandatszahl (-1 im Vergleich zu 2013), hat sich die Frauenvertretung der SP im Grossen Rat von für die SP Kanton Bern historisch tiefen 34% bei den Wahlen 2010 auf 48% verbessert. Somit sind Frauen und Männer wieder so ausgeglichen vertreten wie noch 2002.



Trotz getrennten Frauen- und Männerlisten 2014 waren nur 43% der Kandidierenden Frauen. Hier gibt es regionale Unterschiede: Im Jura bernois, in Biel-Bienne Seeland, im Emmental und im Oberland waren die Frauen auf den Listen jeweils untervertreten, wurden aber teilweise vorkummuliert. Im Oberaargau waren die Männer untervertreten. In den Wahlkreisen Bern-Mittelland Nord und Süd sowie in den Städten Bern und Thun wurden jeweils ausgeglichene Listen präsentiert.

Die SP Kanton Bern hat seit 2002 jeweils einen relativ konstanten und im Vergleich zu den meisten anderen Parteien hohen Anteil von Frauen auf den Listen präsentieren können. Zudem war das Engagement für eine ausgewogene Vertretung bei der Listengestaltung auch vor 2014 in vielen Fällen ersichtlich. Die getrennten Frauen- und Männerlisten scheinen dem Anliegen jedoch zusätzliche Sichtbarkeit bei den Wählerinnen und Wählern verliehen zu haben, was vermutlich zu den guten Resultaten der Frauenlisten beigetragen hat.

Mit Ausnahme von 2010 hatten die Frauen auf den Listen jeweils die besseren Chancen gewählt zu werden als die Männer. So betrug der Anteil der Männer unter den Kandidierenden 2014 57,5%, unter den Gewählten jedoch nur 51,5%. Dies könnte an der Sensibilität der Wählerinnen und Wähler oder an der Bekanntheit der einzelnen Kandidatinnen liegen.

Es ist zwar wichtig, reicht aber nicht, möglichst ausgeglichene Listen zu präsentieren, um die Gleichstellung in politischen Ämtern zu fördern. Vielmehr muss auch bei der permanenten Nachwuchsförderung und der medialen Präsenz zwischen und während Wahlkämpfen auf eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter geachtet werden. Dies scheint im Vorfeld der Grossratswahlen gelungen zu sein. Eine ausgewogene Vertretung in parteiinternen Ämtern, wie sie die Kantonalpartei anstrebt, ist dafür unter anderen ein geeignetes Mittel.

Tanja Bauer, Mitglied der Geschäftsleitung

Mitgliederzahlen in den Sektionen

Regionalverband	Sektion	01.01.2013	01.01.2014
PSJB	PS Bevilard	13	12
	PS Haut Vallon de St. Imier	57	54
	PS La Neuveville	16	21
	PS Malleray	11	11
	PS Moutier	26	25
	PS Tramelan	72	65
	Einzelmitglieder	1	1
		196	189
RV Biel/Bienne – Seeland	PS Bienne Romand	97	90
	SP Aarberg	33	35
	SP Aegerten	22	22
	SP Arch-Leuzigen	15	5
	SP Biel-Madretsch	138	104
	SP Biel-Stadt/Ost	171	166
	SP Brügg	28	30
	SP Büren an der Aare	17	17
	SP Busswil bei Büren	18	14
	SP Diessbach bei Büren	13	12
	SP Dotzigen	22	22
	SP Erlach	13	13
	SP Grossaffoltern-Rapperswil	49	47
	SP Ins	25	30
	SP Ipsach	32	30
	SP Jens	16	16
	SP Lengnau	19	19
	SP Lyss	96	91
	SP Nidau	51	47
	SP Orpund	27	24
	SP Pieterlen	13	10
	SP Port	21	20
	SP Radelfingen	10	11
	SP Safnern	14	13
	SP Scheuren	8	0
	SP Schüpfen	43	43
SP Seedorf	17	10	
SP Studen	8	8	

	SP Sutz-Lattrigen	13	0
	SP Täuffelen	32	30
	SP Twann-Ligerz-Tüscherz	26	25
	SP Worben	14	15
	Einzelmitglieder	6	5
		1127	1024
RV Oberaargau	SP Aarwangen	29	29
	SP Attiswil	8	7
	SP Eriswil	7	8
	SP Grasswil	9	9
	SP Herzogenbuchsee	89	87
	SP Herzogenbuchsee Frauen	7	5
	SP Huttwil	32	26
	SP Inkwil	6	4
	SP Langenthal	152	150
	SP Lotzwil	13	11
	SP Madiswil	17	16
	SP Melchnau	12	12
	SP Niederbipp	30	30
	SP Oberbipp	9	9
	SP Roggwil	59	56
	SP Schwarzhäusern	14	13
	SP Thunstetten-Bützberg	32	26
	SP Wynau	18	18
	Einzelmitglieder	2	2
		545	518
RV Emmental	SP Aefligen	10	10
	SP Bätterkinden-Kräiligen	48	46
	SP Burgdorf	158	153
	SP Hindelbank	10	8
	SP Koppigen-Willadingen	38	36
	SP Krauchthal-Hettiswil	24	22
	SP Langnau	106	106
	SP Lauperswil-Rüderswil	14	14
	SP Lyssach	25	23
	SP mittleres Emmental	35	35
	SP Oberburg	27	25
	SP Rüdtiligen-Alchenflüh	14	14
	SP Signau-Schüpbach	10	11
	SP Sumiswald-Wasen	17	21
	SP unteres Emmental	38	34

	SP Utzenstorf-Wiler-Zielebach	62	60
	SP Wynigen-Rumendingen	17	15
	Einzelmitglieder	6	5
		659	638
RV Bern-Mittelland	SP Belp	93	87
	SP Bern-Altstadt/Kirchenfeld	193	182
	SP Bern-Bümpliz/Bethlehem	204	202
	SP Bern-Holligen	72	68
	SP Bern-Länggasse-Felsenau	173	155
	SP Bern-Nord	235	254
	SP Bern-Ost	176	180
	SP Bern-Süd	167	178
	SP Biglen	12	10
	SP Bolligen	80	77
	SP Bowil	3	0
	SP Bremgarten	55	53
	SP Ferenbalm	10	10
	SP Gerzensee	8	8
	SP Grosshöchstetten	11	12
	SP Ittigen	61	53
	SP Jegenstorf u. U.	52	52
	SP Kaufdorf-Rümligen	18	19
	SP Kehrsatz	31	31
	SP Kirchlindach	28	30
	SP Köniz	267	257
	SP Konolfingen	52	49
	SP Laupen	42	40
	SP Meikirch	20	22
	SP Moosseedorf	46	44
	SP Mühleberg	20	19
	SP Münchenbuchsee	96	91
	SP Münsingen	68	69
	SP Muri-Gümligen	89	82
	SP Neuenegg	49	39
	SP Oberdiessbach	17	19
	SP Ostermundigen	86	86
	SP Rubigen	35	33
	SP Rüeggisberg	4	4
	SP Schwarzenburg	65	67
	SP Stettlen	23	22
	SP Toffen	12	12
	SP Urtenen-Schönbühl u. U.	47	47

	SP Vechigen	28	27
	SP Walkringen	14	12
	SP Wichtrach	18	17
	SP Wohlen	78	81
	SP Worb	98	92
	SP Zollikofen	79	73
	Einzelmitglieder	27	24
		3062	2989
RV Thun	SP Blumenstein	8	7
	SP Burgistein	11	11
	SP Fahrni	12	12
	SP Heimberg	38	38
	SP Hilterfingen-Hünibach	30	30
	SP Oberhofen	34	33
	SP Seftigen	21	20
	SP Steffisburg	92	82
	SP Thierachern	17	19
	SP Thun	308	300
	SP Uetendorf	45	43
	SP Uttigen	32	28
	SP Wattenwil	15	14
	Einzelmitglieder	4	3
		667	640
RV Oberland	SP Adelboden	8	0
	SP Beatenberg	2	2
	SP Bönigen	26	24
	SP Brienz	24	24
	SP Frutigen	36	0
	SP Frutigland		55
	SP Grindelwald	8	8
	SP Interlaken	57	55
	SP Kandersteg	10	0
	SP Lauterbrunnen	10	10
	SP Matten bei Interlaken	26	26
	SP Meiringen-Oberhasli	32	35
	SP Reichenbach im Kandertal	15	17
	SP Ringgenberg-Goldswil	10	0
	SP Saanen	8	6
	SP Spiez	124	117
	SP Unterseen	57	56
	SP Wilderswil	21	19

SP Wimmis	15	0
SP Zweisimmen	11	9
Einzelmitglieder	3	6
	503	469
Mitglieder Kanton	6759	6467
Einzelmitglieder Stadt	7	6
Einzelmitglieder Kanton	16	26
Total Mitglieder	6782	6499

Bilanz und Erfolgsrechnung

Bilanz per 31. Dezember 2014

(mit Vergleich 2013)

	2014		2013	
	CHF	CHF	CHF	CHF
Aktiven				
Flüssige Mittel (Kassa, Konten)	608'659.95		762'585.31	
Forderungen bei Sektionen	18'637.55		30'955.90	
übrige Forderungen	5399.69		930.60	
Delkredere	0		-2'500.00	
Transitorische Aktiven	1'642		33'664.15	
Warenvorräte	1.00		0.00	
Sachanlagen	1.00		1.00	
Wertschriften	0		502.00	
Total Aktiven	634'341.18		826'138.96	
Passiven				
Kreditoren		5'661.70		17'798.50
Transitorische Passiven		5'716.75		27'555.31
Fonds Parteientw.&Soziales		97'466.52		94'403.17
Wahlfonds		335'000.00		500'000.00
Gewinnvortrag 1.1.		186'381.98		182'356.65
Ergebnis lfd. Jahr		4'114.23		4'025.33
Total Passiven		634'341.18		826'138.96

Bern, 13.02.2015

Erfolgsrechnung vom 01.01.2014 bis 31.12.2014

(mit Vergleichszahlen 2013)

Einnahmen	2014		2013	
	CHF	CHF	CHF	CHF
Mitgliederbeiträge BE + CH	635'646.00		664'899.63	
Wahlfinanzierung	10'729.00		0.00	
Solidaritätsbeiträge	204'101.87		211'953.04	
Mandatsabgaben	284'548.00		310'358.85	
Fundraising SP Schweiz	34'777.25		22'216.40	
Spenden/Kampagnenertrag	56'911.73		33'976.50	
Zahlungen SP Stadt/RV et al.	111'396.70		110'053.05	
Zahlungen Grossratsfraktion	130'000.00		133'802.05	
Übrige Erträge	10'902.90		36'175.00	
Total Einnahmen	1'479'013.45		1'523'434.52	
Ausgaben				
Mitgliederbeiträge SP Schweiz		356'455.00		371'965.00
Politik, Kampagnen		126'664.48		150'379.59
Wahlen		420'073.38		7'440.00
Einlagen/Auflösung Wahlfonds		-165'000.00		250'000.00
Einlagen/Auflösung Fonds Partei- entw.&Soziales		0.00		0.00
Personalaufwand		577'726.63		552'418.98
Administration		142'017.98		178'761.62
übriger Aufwand		16'961.75		8'444.00
Ergebnis		4'114.23		4'025.33
Total Ausgaben		1'479'013.45		1'523'434.52

Bern, 13.02.2015

Kommentar zur Jahresrechnung 2014

Die Jahresrechnung 2014 schliesst mit einem Gewinn von 4'114.23 Franken ab. Aufgrund der Wahlen beanspruchten wir einen Teil der Rückstellungen aus dem Wahlfonds. Allerdings mussten wir weniger entnehmen als eigentlich budgetiert. Im Wahlfonds sind nun insgesamt 335 000 Franken. Damit stehen für die kommenden nationalen und kantonalen Wahlen genügend Mittel zur Verfügung.

Die Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen sanken leider auch dieses Jahr, da es zu Sektionsauflösungen kam und mehr Mitglieder bei der SP aus- als eintraten. Umso mehr sind in den kommenden Jahren verstärkte Anstrengungen zur Mitgliedergewinnung nötig. Die Mitgliederbeiträge sind weiterhin die Basis der Finanzierung unserer Partei. Die Einnahmen aus dem Solidaritätsbeitrag bewegen sich im Rahmen des Budgets. Das Spendenmailing lief sehr gut und brachte doppelt so viel Ertrag, wie erwartet. Die Mandatsabgaben verzeichnen einen leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Sie sind weiterhin ein enorm wichtiger Bestandteil unseres Budgets. Einen grossen Dank an alle Mandatärinnen und Mandatäre unserer Partei, welche diese Abgabe für unsere politische Arbeit und unsere Abstimmungs- und Wahlkampagnen leisten. Dank diesen Mehreinnahmen konnten die tieferen Sektionsbeiträge und der Teilausfall der budgetierten Fundraising-Mittel von der SP Schweiz aufgefangen werden.

Bei den Ausgaben stieg der Personalaufwand gegenüber dem Vorjahr. Dies infolge einer kurzzeitigen Doppelanstellung des geschäftsführenden Parteisekretärs und seines Nachfolgers sowie einer kleinen Aufstockung der Stellenprozente. Zudem wurden zwei Campaigner angestellt (Kampagne Öffentliche Krankenkasse und Wahlen in Thun), deren Löhne wurden aber wieder rückvergütet. Zudem gaben wir bei den kantonalen Wahlen 2014 etwa 40 000 Franken mehr aus als budgetiert. Dank den deutlich höheren Erträgen konnte das aber aufgefangen werden. Dabei konnten wir sogar auf die zuerst budgetierte Entnahme aus dem Fonds für Parteientwicklung und Soziales verzichten.

Da wir den Kontenplan ziemlich überarbeitet haben, sind die Zahlen 2014 nicht überall direkt mit den Vorjahreszahlen vergleichbar.

Die Jahresrechnung ist vom Revisionsteam Stefan Neuenschwander und Harald Jenk geprüft worden und wird zur Genehmigung empfohlen.

David Stampfli, geschäftsführender Parteisekretär

Revisionsbericht

über die Prüfung der Rechnung (Bilanz und Erfolgsrechnung)
vom 1.1.2014 – 31.12.2014
der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern

Als statutarisches Rechnungsprüfungsorgan haben wir die Prüfung am 12. Februar 2015 im Beisein der Buchhalterin durchgeführt.

Unsere Prüfung erfolgte nach Grundsätzen, wonach wesentliche Fehlaussagen der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt und ausgeschlossen werden können.

- Wir haben die Posten und Angaben in der Rechnung mittels Analysen und stichprobenweise Erhebungen geprüft.
- Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Rechnung als Ganzes.
- Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet
- Die Saldi der Bilanz-Konti per 31.12.2014 sind nachgewiesen worden.
- Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Buchführung und die Rechnung vom 1.1.2014 bis 31.12.2014, welche einen Überschuss von CHF 4'114.23 ausweist, Gesetz und Statuten.

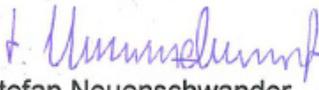
Aufgrund des Ergebnisses unserer Prüfung kann dem finanzverantwortlichen Parteisekretär, David Stampfli, die Décharge erteilt werden.

Ort und Datum: Bern, 12.02.2015

Im Namen der GPK SP Kanton Bern

Die Revisoren


Harald Jenk


Stefan Neuenschwander